

Wahlprogramm der LINKEN für die bayerischen Landtagswahlen 2013

Erster Entwurf, Stand: 18. 11. 2012

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Landesvorstand hat sich auf der Sitzung am 17. November 2012 mit dem ersten Entwurf eines Wahlprogramms der LINKEN für die bayrischen Landtagswahlen 2013 befasst und beschlossen, diesen der Partei zur Diskussion und Bearbeitung zu übergeben.

Da die Landtagswahl voraussichtlich in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2013 stattfinden wird, haben wir zahlreiche Themenbereiche unserer Programmatik nicht im Landtagswahlprogramm aufgenommen, die im Bundestagswahlprogramm sicherlich eine Rolle spielen werden. So findet Ihr beispielsweise nichts zur Außenpolitik oder den weltweiten Einsätzen der Bundeswehr, sondern lediglich Vorschläge zur Rüstungskonversion in Bayern. Auch Konzepte gegen Altersarmut und für eine armutssichere Rente sowie zur Bewältigung der Finanzkrise sind Teil der Bundestagswahl. Da wir die beiden Wahlkämpfe aber parallel bestreiten werden, werden auch diese Themen inhaltlich abgedeckt sein.

Wir bitten nun alle Gliederungen der LINKEN Bayern, aber auch alle einzelnen Mitglieder und an linker Politik interessierte Menschen, den vorliegenden Entwurf intensiv und durchaus kritisch zu sichten. Wichtig sind vor allem Hinweise, zu welchen Themen noch Positionierungen fehlen, diese am besten verbunden mit Formulierungsvorschlägen. Von besonderem Interesse sind jedoch auch Kritik und abweichende Vorschläge zu inhaltlich strittigen Punkten. Unser Ziel ist es, einen möglichst konsensfähigen Programmentwurf zu erarbeiten. Und wo dies nicht gelingt, soll die Differenz zumindest so aufbereitet werden, dass der Landesparteitag darüber fundiert entscheiden kann.

Für rein stilistische oder sprachliche Hinweise und Überarbeitungsvorschläge ist es jedoch noch zu früh. Der jetzige Entwurf wird sicherlich noch überarbeitet werden, auch die Reihenfolge der Abschnitte steht noch nicht endgültig fest.

Das Ende der jetzt beginnenden Diskussions- und Überarbeitungsrunde ist **Freitag, der 11. Januar 2013**. Nachzügler können allenfalls bis Sonntag, 13. Januar berücksichtigt werden. Daran anschließend wird der endgültige Programmentwurf erarbeitet, der vom Landesvorstand am 16. Februar 2013 beschlossen wird. Dann erst beginnt die Phase, in der formelle Änderungsanträge an den Landesparteitag Ende April 2013 gestellt werden können.

Der Landesvorstand hofft auf zahlreiche produktive Beiträge und Diskussionen. Bitte richtet diese per Mail an Brigitte Wolf (brigitte.wolf@die-linke-bayern.de) oder auch schriftlich an unsere Geschäftsstelle in München. Bitte erklärt zudem, ob Ihr mit einer Veröffentlichung Eurer Vorschläge auf unserer Internetseite einverstanden seid.

1 **Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit: Eine starke LINKE verändert Bayern!**

2

3 Die Zahlen der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns erscheinen auf den ersten Blick beeindruckend:
4 Mit einem Zuwachs des Bruttosozialprodukts um 4,2 % in 2010 und 2,7 % in 2011 jeweils gegenüber
5 den Vorjahren gelang ein Ausgleich der Kriseneinbrüche von 2008 und 2009. Aber schon für 2012
6 weisen die Konjunkturdaten erheblich niedrigere Zuwachsraten auf, und für 2013 wird Stagnation
7 oder sogar Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung prognostiziert. Auch wenn die Exportquote im
8 Mai 2012 nur geringfügig kleiner war als in 2011, sind auch hier die Perspektiven trübe.

9 Die Arbeitslosigkeit bewegte sich 2012 offiziell auf einem niedrigen Niveau: So waren im September
10 2012 offiziell rund 238.000 Personen als arbeitslos registriert. Rechnet man aber die nicht in der
11 Statistik erfassten Erwerbslosen ehrlich hinzu, erhöht sich die Zahl auf rund 308.000. Das entspricht
12 einer Erwerbslosenquote von 4,45 %. Vor diesem Hintergrund von Vollbeschäftigung zu reden, wie
13 es die schwarz-gelbe Staatsregierung tut, ist bloße Schönfärberei.

14 Die gesellschaftliche Spaltung schreitet auch in diesem reichen Bayern voran:

15 Auf der einen Seite haben wir die Erwerbstätigen und ihre Familien, die prekär Beschäftigten, die von
16 ihrer Arbeit kaum leben können, die Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentner und die Armen. Bei
17 ihnen kommt wenig bis überhaupt nichts vom beschriebenen Wirtschaftswachstum an. Auf der
18 anderen Seite nimmt der Reichtum zu, von dem Unternehmen, Vermögende und Aktionäre
19 profitieren. Die Umverteilung von unten nach oben findet überall in Deutschland statt, auch in
20 Bayern. Hierzu die Zahlen:

21 Ende 2011/Anfang 2012 gab es in Bayern 150.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter 760.000
22 Minijobs, 890.000 oft unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte und fast 90.000 Hartz-IV-Aufstocker. 58,5 % der
23 Familien in Paarhaushalten in Bayern sind von Armut gefährdet, wenn der Hauptverdiener
24 erwerbslos wird. Bei 72,3 % der Alleinerziehenden führt Erwerbslosigkeit in die Armutsgefährdung.
25 Rund 53.000 Alleinerziehende bezogen zum Jahresende 2011 Hartz-IV. Und in keinem Bundesland
26 sind die Nettokaltmieten zwischen 2005 und 2011 so stark gestiegen wie in Bayern: plus 10,5 %
27 (Bund: plus 7,1 %)

28 Die Spaltung in Arm und Reich drückt sich auch regional aus. Während sich der Großraum München,
29 Ingolstadt, der Großraum Regensburg und die Region Nürnberg zu Wachstumsregionen entwickelt
30 haben, sind Regionen wie der fränkische Nordosten Bayerns und der Bayerische Wald zunehmend
31 abgehängt.

32 Mit Ausbruch der Finanzmarktkrise wurden auch bei der Bayerischen Landesbank die
33 Milliardenverluste offensichtlich, die durch Spekulation mit dubiosen Finanzprodukten entstanden
34 sind. Hinzu kamen mehrere Milliarden Verluste durch die Rückabwicklung des Kaufs der
35 österreichischen HypoAlpeAdria Bank. Verantwortlich dafür war die damalige CSU-Staatsregierung,
36 hierfür zahlen sollen die Menschen in Bayern, u. a. die Mieter der GBW-Wohnungsgesellschaft. Denn
37 beim Verkauf der GBW an private Investoren drohen Mieterhöhungen von bis zu 20 %. Mit dem
38 Fiskalpakt, dem bis auf DIE LINKE alle im Bundestag vertretenen Parteien zugestimmt haben, wird
39 alles noch schlimmer: noch größerer Abbau von Sozialleistungen, noch mehr Personalabbau sowohl
40 in den Kommunen als auch in den Ländern und im Bund.

41 Dem neoliberalen (Un-)Geist weiterhin unbeirrt folgend, unterwirft die Staatsregierung jedes
42 Politikfeld dem Leitbild der Standortstärkung im globalen Wettbewerb: Bildung, Kultur, Verkehr,
43 Energie, Forschung, Gesundheit, Wohnen, Entwicklung des ländlichen Raums, der Regionen und der
44 Städte. Die Bedürfnisse der Menschen und ihre berechtigten Lebensinteressen werden dem
45 untergeordnet: bezahlbares Wohnen, öffentliche Dienstleistungen, wohnortnahe und kostenfreie
46 medizinische Versorgung sowie ein ausreichendes Bildungs- und Arbeitsplatzangebot. Sozialpolitik
47 wird ausschließlich als von der Wirtschaftspolitik abhängige Variable betrachtet. Diese Haltung ist
48 weder mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes noch mit der Bayerischen Verfassung zu
49 vereinbaren. Sozialleistungen sind keine Almosen und auch keine Brotkrumen, die vom Tisch der
50 Reichen fallen.

51

52 **Soziale Sicherheit ist Menschenrecht**

53 DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft, die allen Menschen ein Leben in Freiheit und sozialer
54 Sicherheit ermöglicht. Ohne Existenz sichernde, sinnvolle Arbeit, ohne freien Zugang zu Bildung und
55 Kultur, ohne soziale Absicherung und Gesundheitsleistungen werden Menschen ausgeschlossen und
56 erniedrigt, wird ihre Würde der Wirtschaft geopfert.

57 Durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes im Zuge der Agenda-Politik, durch Sozialabbau,
58 Privatisierung, Massenarbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigung, stagnierende und sinkende
59 Einkommen sind unsere Sozialsysteme in die Krise geraten. Die positive konjunkturelle Entwicklung
60 sowie die von Gewerkschaften erkämpften bescheidenen Lohnzuwächse konnten dem nur wenig
61 entgegen wirken. Die Politik der Bundesregierung und der Staatsregierung war ein Totalausfall.

62 DIE LINKE setzt sich deshalb für die Erneuerung des Sozialstaats ein. Sie verteidigt gemeinsam mit
63 Gewerkschaften und Sozialverbänden die berechtigten Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger auf
64 Existenz sichernde Arbeit, auskömmliche Absicherung bei Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit,
65 gute Gesundheitsversorgung sowie wirtschaftliche und soziale Sicherheit im Alter. Statt weitere
66 soziale Sparpakete zu schnüren und Personalabbau zu betreiben, muss die Einnahmeseite gestärkt
67 werden: durch Reformen in der Steuerpolitik (Erbchaftssteuer als Ländersteuer, Millionärssteuer,
68 Vermögenssteuer, Finanztransaktionssteuern, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Absenkung des so
69 genannten „Mittelstandsbauches“ usw.) sowie durch Reformen bei der Finanzierung der
70 Sozialsysteme (Bürgerinnen- und Bürgerversicherung bei der Gesundheitsversorgung und
71 Erwerbstätigenversicherung in der Rentenversicherung).

72 **Sinnvolle Arbeit für alle organisieren**

73 DIE LINKE in Bayern steht für eine Politik, in der die Interessen der breiten Schichten der Bevölkerung
74 Vorrang haben vor den Profitinteressen Weniger. Wir wollen eine wirksame Arbeitsmarktpolitik, die
75 folgende Anforderungen erfüllt:

76

- 77 • **materielle Absicherung, die vor Armut bei Arbeitslosigkeit und im Alter schützt**
- 78 • **aktive und repressionsfreie Unterstützung Arbeitsloser**
- 79 • **Schaffung von Erwerbsperspektiven und gesellschaftlich nützlichen Aufgaben**
- 80 • **Auf- und Ausbau eines Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS)**

- 81 • **Ausbau von Qualifizierungsangeboten und eine Qualifizierungsoffensive statt Rückgang**
82 **von Weiterbildungsmaßnahmen**
83 • **Wesentliche finanzielle Verbesserung des Weiterbildungsbereichs**
84 • **ein am gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtetes, quantitativ ausreichendes und qualitativ**
85 **Zukunft sicherndes Ausbildungsangebot.**
86

87 DIE LINKE in Bayern fordert eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft und will sie sozialen
88 Maßstäben unterordnen. Wir treten dafür ein, die Allmacht des Kapitals über wirtschaftliche
89 Entscheidungen zu brechen, die abhängig Beschäftigten zu schützen und auf allen wirtschaftlichen
90 Ebenen Mitbestimmungsrechte zu verwirklichen. Dafür setzen wir uns überall in Bayern konsequent
91 für die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften und Betriebs- und Personalräte ein. DIE
92 LINKE steht bei allen Kämpfen gegen Arbeitsplatzabbau, Betriebsverlagerungen, Verbesserung der
93 Arbeitsbedingungen und der Einkommen solidarisch an der Seite der Beschäftigten.
94

95 **DIE LINKE steht für:**
96

- 97 • **Erhalt und Ausweitung von Flächentarifverträgen**
98 • **Beseitigung prekärer Beschäftigung**
99 • **Erhalt und Ausweitung öffentlichen Eigentums, um eine gestaltende Wirtschaftspolitik im**
100 **Interesse des Gemeinwohls zu ermöglichen**
101 • **paritätische Mitbestimmung in allen Großunternehmen**
102 • **Novellierung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes mit einer deutlichen**
103 **Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten**
104 • **ein Bildungsurlaubsgesetz in Bayern.**
105

106 Die Regierungspolitik in Bayern geht jedoch in die andere Richtung. Die Förderung von sozial und
107 ökologisch verträglichen Zukunftstechnologien bleibt hinter den Möglichkeiten zurück. Für
108 Existenzgründer und Mittelstand gibt es keine überzeugenden Konzepte der Staatsregierung,
109 Firmenneugründungen enden deshalb häufig in der Insolvenz. Dagegen werden der
110 Niedriglohnsektor und der Bereich sozialversicherungsfreier Beschäftigung ausgeweitet. Bei den
111 großen Firmenpleiten in Bayern (zum Beispiel Quelle oder Schlecker) griff die Staatsregierung nicht
112 ein. Im Fall von Schlecker versagte sie den betroffenen Beschäftigten aktiv jede Unterstützung. Hier
113 tat sich besonders die bayerische FDP als Verhinderer der Organisierung einer Übergangsgesellschaft
114 hervor.
115

116 Die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten sowie erweiterte Sonn- und Feiertagsöffnungen stehen
117 demnächst erneut zur Diskussion. Die Staatsregierung nimmt dabei keine Rücksicht auf die in Handel
118 und Dienstleistungsbereich Beschäftigten. Statt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern,
119 setzt die CSU im Bund eine „Herdprämie“ durch – das widerspricht jedem Ansatz der
120 Gleichberechtigung von Mann und Frau.
121

122 Die neoliberale Politik der Staatsregierung hat das Klima in Betrieben und Verwaltungen
123 verschlechtert, zu Konkurrenzkampf und Einschüchterungen geführt. Die Positionen von Betriebs-
124 und Personalräten wurden geschwächt. Die CSU/FDP-Regierung lässt zu, dass
125 Unternehmensleitungen die Wahlen von Betriebsräten behindern. Sie hat die Arbeitszeiterhöhungen

126 von Beamten erst 2012 und auch nur teilweise zurückgenommen. Gleichzeitig ging die Verdichtung
127 der Arbeit weiter, und es wurden Stellen im Öffentlichen Dienst abgebaut. Psychische Belastungen
128 am Arbeitsplatz nehmen gesundheitsgefährdende Ausmaße an – auch im bayerischen Öffentlichen
129 Dienst.

130

131 **DIE LINKE steht für:**

132

133 • ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm, um öffentliche und soziale
134 Dienstleistungen zu verbessern, öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse und neue
135 Arbeitsplätze mit umweltfreundlichen und zukunftsfähigen Investitionen zu schaffen

136 • den Ausbau der Infrastruktur in Bayern

137 • eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, damit diese im „Dritten Sektor“, in
138 dem Verbände, Vereine und Genossenschaften soziale, kulturelle und ökologische
139 Aufgaben erfüllen, investieren und Beschäftigung fördern können

140 • Neueinstellungen im Öffentlichen Dienst. Vor allem im Bildungs- und Sozialbereich müssen
141 der Arbeitsplatzabbau beendet und mehr Stellen geschaffen werden.

142 • eine Initiative für ein wirkliches Tariftreue- und Vergabegesetz

143 • die Rücknahme von Entgeltkürzungen, der Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld
144 sowie die Angleichung der Arbeitszeit der Beamten des Landes an die der Angestellten.

145 • öffentliche Aufträge nur solchen Unternehmen zu erteilen, die nach Tarif bezahlen,
146 ausbilden, Frauen fördern, das Betriebsverfassungsgesetz und ökologische Standards
147 einhalten

148 • zusätzliche Arbeitsplätze durch Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich

149 • Teilzeitarbeit in einem Volumen, das eine eigenständige soziale Sicherung ermöglicht. Jede
150 Arbeitsstunde muss sozialversicherungspflichtig sein.

151 • eine Initiative „Gute Arbeit“ in Bayern gemeinsam mit Betriebsräten, Personalräten und
152 Gewerkschaften, die besonders in Zukunftsbranchen Projekte für optimale
153 Arbeitsbedingungen schafft

154 • die Konzentration von Wirtschaftsförderungsmitteln auf mittelständische Betriebe und
155 Existenzgründer, die tarifliche Standards anwenden und Fördermittel zur Sicherung
156 bestehender bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze verwenden

157 • die Förderung der Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen mit Hochschulen
158 und Forschungseinrichtungen

159 • Unternehmen, die Arbeitsplätze abbauen und ins Ausland verlegen oder aus steuerlichen
160 Gründen den Firmensitz ins Ausland verlagern, aus den Förderprogrammen des Landes
161 auszuschließen

162 • ein generelles Verbot von Massenentlassungen in profitablen Unternehmen und eine
163 Abgabe in Höhe der entstehenden sozialen Folgekosten bei Verlagerung von Betriebsteilen
164 ins Ausland

165 • in den Regionen sowie im Land Wirtschafts- und Sozialräte mit Informations-, Initiativ-,
166 Beratungs- und Entscheidungsrechten zu bilden, in denen Gewerkschaften und
167 Unternehmerverbände sowie Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände vertreten sind

168 • ein verbessertes Landesprogramm für erneuerbare Energien und Stoffe zu erarbeiten, das
169 zusätzliche Arbeitsplätze schafft

- 170 • **die Gewerbeaufsicht nach jahrelangem Personalabbau wieder personell zu stärken, um den**
171 **weiter zunehmenden Arbeitsschutzverstößen entgegenzuwirken**
- 172 • **der ausufernden Sonn- und Feiertagsarbeit Einhalt zu gebieten sowie beschäftigten- und**
173 **familienfeindliche Ladenöffnungszeiten an Wochenenden und in den Abendstunden zu**
174 **verhindern**

175

176 **Öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen statt sie zu privatisieren**

177 Öffentliche Daseinsvorsorge – Bildung, Gesundheit und Pflege, Betreuung, Kultur, Mobilität,
178 Wohnen, Wasser, Gas und Strom – ist elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit. Deshalb verteidigt
179 DIE LINKE. Bayern die öffentliche Daseinsvorsorge und tritt für ihre Wiederherstellung und
180 Ausweitung ein. Wir wollen den Verkauf öffentlicher Einrichtungen und des öffentlichen Eigentums
181 an Wohnungen und Versorgungsunternehmen verhindern.

182

183 Privatisierungen sind auch ein Verlust von Demokratie. Wenn es immer weniger Bereiche gibt, für die
184 der demokratisch gewählte Landtag oder die Kommunalparlamente Entscheidungs- und
185 Gestaltungskompetenz haben, schwächt das die Demokratie und fördert die Politikverdrossenheit.
186 Werden dagegen Schlüsselbereiche wie Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Wirtschaftsförderung
187 öffentlich-rechtlich und damit unter dem Einfluss der gesamten Gesellschaft betrieben, lohnt sich das
188 Engagement: Die Bevölkerung bzw. die Vertreter gesellschaftlicher Gruppen können über Ziele und
189 Methoden der Einrichtungen mitentscheiden.

190

191 Bayern liegt bei der Privatisierung bundesweit an der Spitze. Die Staatsregierung rühmt sich, ihre
192 wirtschafts- und strukturpolitischen Programme durch den Ausverkauf öffentlichen Eigentums mit
193 den so genannten „Privatisierungserlösen“ zu finanzieren. Bayern hat nicht nur - teilweise
194 verfassungswidrig - umfangreiche Beteiligungen verkauft (Zigtausende Wohnungen, Bayernwerk AG,
195 Bayerische Versicherungskammer und andere), sondern auch nichts gegen den Verkauf öffentlicher
196 Krankenhäuser der Bezirke, Kreise und Kommunen unternommen.

197

198 Bei Verkäufen öffentlicher Gesundheitseinrichtungen sind die Folgen absehbar: Die sozialen
199 Standards der jetzt noch durch das Tarifgefüge des öffentlichen Dienstes regulierten
200 Arbeitsverhältnisse sinken nach Ablauf einer gewissen Schamfrist. Alle wirtschaftlichen
201 Entscheidungen in solchen Einrichtungen folgen zuerst ökonomischen Erwägungen sowie
202 Renditeinteressen und weniger medizinischen Erfordernissen. Die neuen Eigentümer wollen den
203 Kaufpreis durch Verringerung der Personalkosten, durch Arbeitsverdichtung,
204 Arbeitszeitverlängerung, Personaleinsparungen und Auslagerungen von Betriebsteilen schnell wieder
205 hereinholen.

206

207 Eine spezielle Form der Privatisierung, die „Public-Private-Partnership“ (PPP), wird durch die
208 bayerische Staatsregierung massiv gefördert. Nach diesem Modell werden im Bereich der
209 öffentlichen Daseinsvorsorge entweder gemischte Eigentumsformen geschaffen oder öffentliche
210 Aufgaben durch private Investoren mit harten Renditeerwartungen finanziert.

211

212 Beide Varianten gefährden Arbeitsplätze, verschlechtern Arbeits- und Sozialbedingungen der
213 Beschäftigten und verringern Qualitätsstandards. Vor allem aber kommen PPP-Projekte die

214 Kommunen wesentlich teurer zu stehen als wenn sie diese Aufgaben selbst erledigen würden.
215 Risiken werden auf die Steuerzahler abgewälzt, während sich die privaten Beteiligten langfristig
216 sichere Renditen zuschanzen. Die demokratische Kontrolle bei PPP-Projekten fehlt durch
217 Geheimhaltung der Verträge und den in der Regel geforderten Einredevorzicht völlig. Sogar der
218 Bundesrechnungshof sieht PPP-Projekte inzwischen kritisch und auch nicht als Lösung knapper
219 kommunaler Haushalte, da es sich um eine verdeckte und nur in die Zukunft verlagerte
220 Schuldenaufnahme handelt.

221
222 Im kulturellen, ökologischen und sozialen Bereich gibt es Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige
223 Organisationen und Vereine, die mit wenig Mitteln und zusätzlicher ehrenamtlicher Arbeit
224 gesellschaftlich sinnvolle Arbeit leisten. Sie sind zu schützen und zu fördern. Aber auch für sie müssen
225 Tarifrecht und Arbeitsrecht gelten. Das verfassungsrechtlich verankerte Subsidiaritätsprinzip darf
226 nicht zum Nachteil der Beschäftigten wirken. Gleiche, überprüfbare Arbeitsbedingungen sind ein
227 Muss.

228
229 DIE LINKE will durch aktive Beschäftigungspolitik, durch die Vergabe von zinsgünstigen Krediten,
230 durch Unterstützung für Selbsthilfegenossenschaften und einen öffentlich geförderten
231 Beschäftigungssektor in diesen Bereichen Arbeitsplätze mit Tariflöhnen schaffen. Ein-Euro-Jobs lehnt
232 DIE LINKE ab; sie sind abzuschaffen.

233
234 DIE LINKE fordert den Ausbau eines umfassenden Qualifizierungs- und Beratungsangebots für die
235 Gründung und Stabilisierung von Genossenschaften im Bereich der Daseinsvorsorge.

236

237 **DIE LINKE steht für folgende landespolitische Ziele:**

238

- 239 • **Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums in Bayern.**
- 240 • **Wir werden uns jeder Verschlechterung des Sparkassengesetzes oder anderer Gesetze, die**
241 **bislang öffentliches Eigentum vor dem Zugriff privater Erwerber bewahren, entgegenstellen.**
- 242 • **„Public-Private-Partnership“ (PPP) als demokratisch nicht kontrollierbares und stark**
243 **überteuertes Modell zur Erfüllung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir**
244 **ab. Alle bislang abgeschlossenen Verträge sind offen zu legen. Wir wollen die Rückführung**
245 **bereits erfolgter Ausgliederungen und den Ausstieg aus PPP-Projekten.**
- 246 • **Die Bildungseinrichtungen Bayerns müssen für Privatisierer tabu sein. Wir wollen weder**
247 **Fastfood in den Schulen noch Turnhallen mit Werbung für Markenturnschuhe oder**
248 **Vorlesungssäle mit Werbung für Banken oder wen auch immer. Unsere Bildungseinrichtungen**
249 **sollen aus dem demokratisch bestimmten Landeshaushalt mit dem ausgestattet werden, was**
250 **sie brauchen. Hier gilt es die Forderung des Bildungsgipfels von 2008 endlich auch in Bayern**
251 **anzugehen und schrittweise die bereitzustellenden Mittel auf 7 % Bruttoinlandsprodukts**
252 **anzuheben.**
- 253 • **Die Sicherheit der Städte und Dörfer des Landes ist eine öffentliche Aufgabe. Sicherheit ist**
254 **Sache der Polizei, sie gehört nicht in private Hände.**

255

256 **Mehr soziale Hilfen schaffen**

257 Hohe Mieten in Bayern verschärfen die Armut. Normalverdienende, Familien und
258 Wohngemeinschaften können Mietpreise z. B. in München und Umgebung, zunehmend auch in

259 anderen Ballungsräumen, kaum noch finanzieren. Steigende Energiepreise verschlimmern das
260 Problem. Hier ist die Landespolitik gefordert: Der soziale Wohnungsbau muss wieder stärker
261 gefördert werden. Nötig ist ein Umwandlungsverbot, das das Ausschachten institutioneller
262 Wohnungsbestände durch private Finanzinvestoren erschwert und letztlich unmöglich macht. Der
263 Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist zu beseitigen. Laut dem Pestel-Institut Hannover gibt es in
264 Bayern einen Bedarf von rund 400.000 Sozialwohnungen. Fördermittel für die energetische
265 Gebäudesanierung sollen eine Preisexplosion bei den Wohnungsmieten durch Überwälzung der
266 Kosten verhindern.

267

268 Zusätzlich muss der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) flächendeckend ausgebaut werden. Die
269 2002 eingefrorene Förderung des ÖPNV ist auf das aktuelle Niveau anzupassen und damit massive
270 Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV, wie 2011 und 2012 in vielen Regionen geschehen, zu verhindern.

271

272 DIE LINKE setzt sich dafür ein, landesweit einen Sozialpass einzuführen. Damit erhalten Menschen
273 mit geringem Einkommen die Möglichkeit, kulturelle und sportliche Angebote kostengünstig
274 wahrzunehmen. Viele Kinder und Jugendliche sind wegen fehlender finanzieller Mittel von Musik-,
275 Kultur- und Freizeitaktivitäten ebenso ausgeschlossen wie von aktivem Sport in Vereinen. Bei der
276 Vergabe von Landesmitteln in den Bereichen Verkehr, Kultur und Sport muss die Integration sozial
277 Benachteiligter gesondert berücksichtigt werden. Soziale Tarife für die Benutzung öffentlicher
278 Verkehrsmittel sind in das Landesrecht aufzunehmen und entsprechend zu fördern. Für
279 Geringverdiener, Empfänger von Grundsicherung, Arbeitslose usw. sind in ganz Bayern Sozialtickets
280 zu fördern.

281

282 Immer mehr private Haushalte in Bayern sind verschuldet. Der Anteil der Haushalte mit
283 Kreditverpflichtungen ist rapide gestiegen. Besonders die Überschuldung von Familien mit Kindern
284 hat stark zugenommen. Angesichts dessen spielt die qualifizierte Schuldnerberatung eine zentrale
285 Rolle.

286

287 **DIE LINKE steht für:**

288

- 289 • **stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus**
- 290 • **ein Umwandlungsverbot, das die Ausschachtung institutioneller Wohnungsbestände durch**
291 **Finanzinvestoren erschwert bzw. verhindert**
- 292 • **ein Landesprogramm für Altbausanierung, um günstigen Wohnraum zu erhalten**
- 293 • **eine Städtebauförderung zur ökologischen und energetischen Sanierung aus Landesmitteln**
- 294 • **Direkthilfen für Geringverdiener für die Fahrten vom und zum Arbeitsplatz**
- 295 • **die Absetzbarkeit der realen Kosten des ÖPNV für Fahrten zwischen Wohnung und**
296 **Arbeitsstätte wieder einzuführen**
- 297 • **ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr**
- 298 • **einen landesweiten Fonds, aus dem der Schulbedarf für Kinder aus armen Familien finanziert**
299 **wird**
- 300 • **ein Landesprogramm für kostenlose Mahlzeiten in Schulen und Kindertagesstätten**
- 301 • **einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht für Bayern**
- 302 • **landesweit unabhängige Schuldner-, Verbraucher- und Arbeitslosenberatungsstellen zu fördern**
303 **und auszubauen.**

304

305 **Gute Gesundheitsversorgung für alle in Bayern!**

306 Gesundheit ist mehr als die Behandlung von Krankheit. Viele Studien ergeben das gleiche
307 erschreckende Bild: Wer arm ist, stirbt früher. Das ärmste Fünftel der Bevölkerung stirbt fast zehn
308 Jahre früher als das reichste Fünftel. Das hängt nicht nur an der unterschiedlichen medizinischen
309 Versorgung, sondern an den gesamten Lebensumständen: Ernährung, Wohnung, Bewegung,
310 allgemeine Zufriedenheit, Arbeitsplatz und vieles mehr unterscheiden sich erheblich zwischen Arm
311 und Reich. Das führt zu einer ungleichen Verteilung von Gesundheitschancen und zu einer
312 unterschiedlichen Lebenserwartung. Deshalb gehört zu sozialer Gerechtigkeit in Bayern auch eine
313 gute Gesundheitspolitik für alle in Bayern.

314 **Für gute medizinische Versorgung unabhängig vom Geldbeutel**

315 Wer krank wird, will und braucht eine gute medizinische Versorgung. DIE LINKE setzt sich dafür ein,
316 dass alle Menschen, unabhängig von Kasse und Geldbeutel, die notwendige medizinische
317 Behandlung auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Forschung erhalten.

318 **Krankenhäuser ausreichend finanzieren**

319 Viele bayerische Krankenhäuser stehen unter großem finanziellem Druck. Das liegt einerseits an
320 steigenden Energie- und sonstigen Sachkosten, andererseits werden die notwendigen und
321 überfälligen Tariflohnsteigerungen bei den Beschäftigten durch die Gesetzgebung der
322 Bundesregierung nur zu etwa einem Drittel ausgeglichen. Die übrigen zwei Drittel müssen die
323 Krankenhäuser, die häufig in den roten Zahlen stecken, aus Effizienzsteigerungen aufbringen. Das
324 geht zu Lasten der Patientinnen und Patienten und zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen in den
325 Krankenhäusern. Das wollen wir nicht. Und deshalb fordern wir, dass die Tarifsteigerungen
326 vollständig vom Bund ausgeglichen werden.

327 **Statt Privatisierung: Erhalt der öffentlichen Krankenhäuser**

328 Insbesondere kleine öffentliche Krankenhäuser, die eine Grundversorgung außerhalb der
329 Ballungsräume für die meist ländliche Bevölkerung bereitstellen, sind vom derzeitigen
330 Finanzierungssystem benachteiligt und erwirtschaften meist ein Defizit. Da die Kommunen meist
331 nicht in der Lage sind, diese Verluste über Jahre hinweg auszugleichen, werden diese Krankenhäuser
332 entweder geschlossen oder privatisiert. Privatisierung bedeutet aber, dass nun nicht mehr
333 demokratisch gewählte Kommunalvertreter das Sagen haben, sondern Krankenhauskonzerne. Ob
334 dann eine Abteilung im Krankenhaus bleibt oder gar das gesamte Krankenhaus geschlossen wird,
335 hängt allein von der Gewinnzielen dieser Konzerne ab. Zudem zwingen die Konzerne den Kommunen
336 und Kreisen Knebelverträge auf, die nur eines zum Ziel haben: die Gewinnmaximierung der
337 Krankenhauskonzerne auf Kosten der Allgemeinheit. Damit muss Schluss sein. Deshalb brauchen wir
338 wieder eine ausreichende Finanzierung der öffentlichen Krankenhäuser.

339 DIE LINKE will Artikel 151 (1) der Verfassung des Freistaates Bayern wieder Geltung verschaffen: „Die
340 gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines
341 menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller
342 Volksschichten.“

343 **Gegen weitere Kürzung der Krankenhausfinanzierung**

344 Zwar hat Bayern immer noch einen hohen Anteil an Krankenhäusern in öffentlicher Hand. Dennoch
345 sind hier seit 1990 fast ein Viertel der Betten in öffentlichen Krankenhäusern abgebaut worden.
346 Gleichzeitig nehmen die Zahl der privaten Kliniken und deren Betten immer weiter zu. Die bisherigen
347 Staatsregierungen haben die Investitionen für die Krankenhäuser seit Jahren immer weiter gekürzt.
348 DIE LINKE will, dass wieder ausreichend in Gebäude und Technik investiert wird, um die öffentlichen
349 Krankenhäuser in Bayern auf dem aktuellen Stand der medizinischen Versorgungsmöglichkeiten zu
350 halten. DIE LINKE will, dass sie weiterhin in öffentlicher Hand betrieben und damit auch von den
351 demokratisch gewählten Kommunalvertretern kontrolliert werden.

352 **Ärztliche und therapeutische Versorgung außerhalb der Ballungsräume erhalten und ausbauen**

353 Die Lücken in der ärztlichen Versorgung auf dem Land werden immer größer. Gerade ältere
354 Menschen oder Geringverdiener ohne eigenes Fahrzeug haben Probleme, Haus- oder Fachärzte
355 aufzusuchen. Umgekehrt lassen sich auch keine Medizinerin und kein Mediziner nieder, wenn die
356 übrige Infrastruktur, Kultur, Verkehr, Schulen und Kitas, nicht vorhanden sind. Hier hat der Freistaat
357 Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Medizinische Versorgung ist Teil der öffentlichen
358 Daseinsvorsorge. Diese muss erhalten und wieder ausgebaut werden.

359 **Innovative Versorgungskonzepte statt medizinischer Versorgungswüsten**

360 Innovative Versorgungskonzepte, wie etwa Gemeindeschwesterkonzepte, die erfolgreich in anderen
361 Ländern erprobt wurden, können zur Entlastung der bestehenden Arztpraxen beitragen. Auch in der
362 Förderung von Telemedizin, von regionalen Hol- und Bringdiensten und in der Überwindung der
363 Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung stecken Potentiale, die es zu nutzen gilt.
364 Dazu gehört auch der Erhalt der gewachsenen Hebammenstruktur.

365 **Investitionskostenzuschläge für Pflegeeinrichtungen wieder einführen**

366 Im Bereich der Pflege hat das Land im Jahr 2007 die Investitionskostenzuschläge für
367 Pflegeeinrichtungen gestrichen. Wenn die Kommunen nicht in diese Lücke einspringen, müssen die
368 Einrichtungen den Pflegebedürftigen dies in Rechnung stellen. Wir wollen, dass der Freistaat hier
369 wieder seinen Aufgaben nachkommt.

370 **DIE LINKE steht für:**

- 371 • **den Stopp und die Rückholung der Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen**
- 372 • **die ausreichende Finanzierung der kommunalen Krankenhäuser**
- 373 • **das Verbot des Ausverkaufs öffentlicher Krankenversorgungseinrichtungen**
- 374 • **ein leistungsfähiges Gesundheitswesen auch in ländlichen Regionen**
- 375 • **die Wiederaufnahme der Investitionskostenzuschläge für Pflegeeinrichtungen.**
- 376

377 **Menschen mit Behinderungen integrieren**

378 Der Ausgleich von Schwierigkeiten aufgrund von Behinderungen bei der umfassenden Teilhabe am
379 gesellschaftlichen Leben ist eine öffentliche Aufgabe und keine Privatsache. Wir unterstützen die
380 Forderung der Behindertenverbände und -vertretungen nach mehr Eigenverantwortlichkeit und
381 stärkerer Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen. Gesetzliche Regelungen

382 zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung müssen emanzipatorisch sein, die
383 Menschenwürde stärken und auf Solidarität und Selbstbestimmung der Betroffenen setzen.

384 **DIE LINKE steht für:**

- 385 • **einen konkreten Umsetzungsplan der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit**
- 386 **Behinderungen**
- 387 • **die Beseitigung von Barrieren und den Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile**
- 388 • **die barrierefreie und behindertengerechte Gestaltung aller Neu-, Um- oder Anbauten im**
- 389 **öffentlichen Bereich Bayerns**
- 390 • **die Verpflichtung aller Kommunen durch ein Landesgesetz, Behindertenbeiräte zu bilden oder**
- 391 **Beauftragte für Menschen mit Behinderungen zu ernennen.**

392

393 **Selbstbestimmtes Leben im Alter**

394 Rentnerinnen und Rentner wollen und sollen ihr Leben im Alter weiterhin selbstständig gestalten und
395 so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, ohne zu vereinsamen. Daher sind
396 Wohnformen zu fördern, die ein Leben auch im Alter zu Hause und die Unterstützung in den
397 alltäglichen Dingen ermöglichen sowie der Vereinsamung vorbeugen. Förderprogramme sollen den
398 Bau von Mehrgenerationenhäusern sowie die Einrichtung von Senioren-Wohngemeinschaften
399 ermöglichen. Betreute dürfen nicht finanziell ausgenutzt oder ohne Notwendigkeit in ein Heim
400 abgeschoben werden. Im ländlichen Bereich muss über die Infrastruktur- und
401 Wirtschaftsförderpolitik dafür gesorgt werden, dass eine seniorengerechte Infrastruktur im Dorf
402 erhalten bleibt oder geschaffen wird. Dazu gehören ausreichende Versorgungsmöglichkeiten zum
403 Einkauf von Waren des täglichen Bedarfs sowie eine wohnortnahe gesundheitliche Versorgung. Dies
404 gilt aber auch für den Bau von barrierefreien Gehwegen und Treffpunkten sowie für öffentliche
405 Verkehrsmittel.

406

407 DIE LINKE in Bayern fordert ein Landesseniorengesetz. Es soll das Älterwerden in Würde
408 gewährleisten und die aktive Beteiligung der Seniorinnen und Senioren am sozialen, kulturellen und
409 politischen Leben fördern.

410

411 Geriatrischen Patientinnen und Patienten müssen alle individuell notwendigen fachspezifischen
412 Versorgungsangebote – von ambulant bis stationär – für alle Phasen der Erkrankung wohnortnah zur
413 Verfügung stehen.

414

415 **DIE LINKE Bayern steht für:**

416

- 417 • **die Fortschreibung, Verbesserung und konsequente Umsetzung des Landesgeriatriekonzepts**
- 418 • **die Anpassung der Ressourcen der geriatrischen Rehabilitation an den steigenden Bedarf**
- 419 • **die Entwicklung, Erprobung, Evaluation, Verbreitung und regionale Vernetzung innovativer**
- 420 **geriatrischer Versorgungsangebote**
- 421 • **die Garantie, dass geriatrischen Patienten alle individuell notwendigen fachspezifischen**
- 422 **Versorgungsangebote – von ambulant bis stationär – für alle Phasen der Erkrankung**
- 423 **wohnortnah und gut vernetzt in ausreichender Dauer zur Verfügung stehen.**

424

425 **Pflegenotstand verhindern**

426

427 Beim bayerischen Heimgesetz ist eine Novellierung notwendig, die den Interessen der Betroffenen
428 gerecht wird. Damit sollen die Selbständigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner, eine humane
429 Pflege und ein effektiver Schutz der Schwachen sowie gute Arbeitsbedingungen zu guten Löhnen für
430 die Beschäftigten nachprüfbar geschaffen werden.

431

432 **DIE LINKE steht für:**

433

- 434 • **einen Personalschlüssel, der Bewohnerinnen und Bewohnern ein Leben in Würde ermöglicht -**
435 **für 20 pflegebedürftige Menschen müssen mittelfristig zehn Pflegekräfte eingesetzt werden.**
- 436 • **die angemessene und dem öffentlichen Dienst vergleichbare Entlohnung der Tätigkeit der**
437 **Pflegekräfte**
- 438 • **die Herstellung vollständiger Kostentransparenz im Pflegebereich**
- 439 • **die komplette Überführung des Pflegewesen in gemeinnützige, genossenschaftliche,**
440 **kommunale oder staatliche Verantwortung**
- 441 • **den Ausbau ambulanter Strukturen in der Pflege mit entsprechender finanzieller**
442 **Unterstützung der betreuenden Familie**
- 443 • **die Sicherstellung von Angeboten für eine professionelle Versorgung, um die pflegenden**
444 **Angehörigen zu entlasten**
- 445 • **demokratisch gewählte Heimbeiräte mit echten Mitbestimmungsrechten, damit die**
446 **Bewohnerinnen und Bewohner, ihre Angehörigen bzw. Betreuerinnen und Betreuer Einfluss**
447 **auf sie betreffende Entscheidungen nehmen können**
- 448 • **die flächendeckende Einrichtung von Beschwerdestellen und diese durch Land, Kommunen und**
449 **die jeweiligen Träger zu finanzieren**
- 450 • **die Vorbeugung und Verhinderung von Missständen in Pflegeheimen durch echte und effektive**
451 **Kontrollen.**

452

453 **Bildung für alle statt sozialer Auslese**

454 Das Bildungswesen in Bayern ist weit davon entfernt, Bildung als Menschenrecht zu verwirklichen.
455 Stattdessen werden bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten durch Wettbewerbsorientierung
456 statt individueller Förderung, durch frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung verstärkt.
457 Nirgendwo anders in der Republik hängen die Entwicklungschancen von Kindern und jungen
458 Menschen so sehr von den finanziellen Voraussetzungen und dem sozialen Status der Eltern ab wie
459 in Bayern. Die Chance auf höhere Bildungsabschlüsse bei gleicher Leistungsfähigkeit für Kinder aus
460 Arbeiterfamilien ist um ein Vielfaches schlechter als für Kinder aus Familien mit akademischer
461 Bildung oder aus wohlhabenden Elternhäusern. Kinder mit Migrationshintergrund haben deutlich
462 schlechtere Chancen auf einen guten Schulabschluss als andere. Kinder, die mit Behinderungen
463 aufwachsen, können in der Regel nicht mit gleichaltrigen Kindern zusammen lernen.

464 Die letzten Jahre erlebte auch das öffentliche Bildungssystem Kürzungen, die Bildungsausgaben in
465 Deutschland bleiben hinter der internationalen Entwicklung weit zurück: nach OECD-Angaben lagen
466 diese im Jahr 2008 bei nur 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), wogegen der OECD-
467 Durchschnitt bei 5,7 Prozent lag, in Norwegen beispielsweise bei 7,3 Prozent. Und in Bayern liegt der
468 Anteil der Bildungsausgaben am BIP noch unter dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig wurden elitäre
469 Prestigeprojekte, die den Leistungsdruck weiter erhöhen, vorangetrieben: z. B. die Exzellenzinitiative
470 an den Hochschulen, die Zusammenarbeit von Hochschulen und Großkonzernen, Privatisierungen
471 von Schulen, die Verkürzung der Schulzeit im Rahmen des G8.

472 Die LINKE vertritt ein emanzipatorisches Bildungsverständnis. Bildung muss in die Lage versetzen, die
473 eigenen Interessen selbstbewusst und wirksam vertreten zu können. Ein modernes Bildungssystem
474 muss den Zugang zu Bildung chancengleich und diskriminierungsfrei ermöglichen. Das bedeutet den
475 gleichen Zugang zu Bildung für jeden Menschen als grundlegende Voraussetzung für erfolgreiche
476 gesellschaftliche Teilhabe, für persönliche Verwirklichung und Selbstbestimmung sowie soziale
477 Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Ein demokratisches Bildungswesen darf niemanden ausgrenzen,
478 sondern muss sich um individuelle Förderung und den aktiven Ausgleich von Benachteiligungen und
479 Beeinträchtigungen bemühen. Dazu gehören das Verbot jeglicher Bildungsgebühren oder -beiträge
480 und die konsequente Absage an mehrgliedrige Schulsysteme sowie ein Inklusionskonzept, das die
481 Verschiedenheit der Menschen als Normalität und Bereicherung begreift.

482 Der gleiche und gleichberechtigte Zugang zu umfassender und hoher Bildung ist zudem eine der
483 wichtigsten Menschheitsfragen des 21. Jahrhunderts. Um den gesellschaftlichen Herausforderungen,
484 aber auch Entwicklungsproblemen der Menschheit verantwortungsbewusst begegnen zu können,
485 kurz: für die Entwicklung einer sozial gerechten, demokratischen Gesellschaft, ist hohes Wissen und
486 Können nötig sowie der verantwortungsbewusste und das eigene Handeln kritisch reflektierende
487 Umgang mit neuen wissenschaftlichen Einsichten und technologischen Errungenschaften. Damit die
488 Bildungseinrichtungen ihren Beitrag zur demokratischen Gesellschaft leisten können, müssen sie
489 allen zugänglich und demokratisch verfasst sein.

490 Um ihrer gesellschaftlichen Bedeutung gerecht zu werden, um alle Bildungsaufgaben ausreichend
491 finanzieren zu können, muss Bildung als gesamtgesellschaftliche und öffentliche Aufgabe von Bund
492 und Ländern gemeinsam begriffen werden und ein wachsender Anteil des Bruttoinlandsproduktes
493 für öffentliche Bildungsausgaben zur Verfügung stehen. Für Bildung und Ausbildung muss genügend

494 Zeit zur Verfügung stehen. Das gilt für die vorschulische, schulische und Hochschul-Bildung, für die
495 Wege in den Beruf und alle Formen lebensbegleitenden Lernens.

496 **DIE LINKE in Bayern steht für:**

- 497 • **die Anerkennung des Menschenrechts auf Bildung als gesamtgesellschaftliche und**
498 **öffentliche Aufgabe. Artikel 128 (1) der Bayerischen Verfassung „Jeder Bewohner Bayerns**
499 **hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung**
500 **entsprechende Ausbildung zu erhalten" und das im Grundgesetz verankerte Recht auf**
501 **Berufswahlfreiheit müssen umgesetzt werden. Dazu gehören die vollständige Lehr- und**
502 **Lernmittelfreiheit sowie eine Absage an jede Form der Privatisierung von**
503 **Bildungsaufgaben und –institutionen sowie das Verbot von Gebühren und Beiträgen wie**
504 **Studienbeiträgen oder Büchergeld.**
- 505 • **Mehr Geld für Bildung: Die öffentlichen Bildungsausgaben sollen schrittweise auf 7 %**
506 **erhöht werden und dauerhaft am wachsenden Bedarf ausgerichtet sein. Die**
507 **Föderalismusreform, d. h. insbesondere das Verbot der Zusammenarbeit von Bund und**
508 **Ländern im Bildungsbereich, ist rückgängig zu machen, das Kooperationsverbot umgehend**
509 **abzuschaffen.**
- 510 • **Die umfassende Verwirklichung von Inklusion und individueller Förderung. Das bedeutet**
511 **die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die Ersetzung der schulischen**
512 **Vielgliedrigkeit durch eine Schule für alle, die Reduzierung der Gruppen- und**
513 **Klassenstärken, die notwendigen personellen und materiellen Voraussetzungen dafür**
514 **durch Bund, Länder und Kommunen sowie Lehr- und Lernkonzepte für heterogene**
515 **Lerngruppen.**
- 516 • **den aktiven Ausgleich strukturell bedingter sozialer und anderer Benachteiligungen. Dies**
517 **meint eine Abkehr von sanktionierenden Lehrmethoden wie dem „Sitzenbleiben“ ebenso**
518 **wie eine umfassende Reform des BAföG: eine Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze**
519 **um jeweils 10%, die Gewährung als Vollzuschuss, die automatische jährliche**
520 **Dynamisierung der Förderbeträge und Freibeträge sowie die Abschaffung von**
521 **Höchstaltersgrenzen und Förderungshöchstdauern. Mittelfristig ist - ohne neue soziale**
522 **Benachteiligungen entstehen zu lassen - eine grundlegende Strukturreform des BAföG**
523 **einzuleiten hin zur elternunabhängigen Förderung für alle in Ausbildung befindlichen**
524 **Volljährigen. Junge Menschen müssen über ihren Bildungsweg finanziell unabhängig von**
525 **ihren Eltern entscheiden können.**
- 526 • **die dauerhafte, versicherungspflichtige und tarifvertragliche Regelung der**
527 **Arbeitsverhältnisse in sämtlichen Bildungsbereichen und den Ausbau der**
528 **Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten – in den Kitas genauso wie an den Hochschulen**
529 **oder Volkshochschulen sowie das Verbot von Leiharbeit im Bildungswesen. Die Vergabe**
530 **öffentlicher Mittel und Aufträge muss an diese Mindeststandards gekoppelt werden.**
- 531 • **die institutionelle Verankerung der Demokratisierung der Bildungseinrichtungen sowie**
532 **Mitbestimmungsrechte der Lernenden, Lehrenden und anderen Beschäftigten**
- 533 • **Geschlechtergerechtigkeit und eine aktive Gleichstellungspolitik durch die Förderung von**
534 **geschlechtssensiblen Unterricht oder Mentoring-Programmen; durch die bessere**
535 **Vereinbarkeit von Elternschaft und Studium; durch eine verbindliche, mit Sanktionen**
536 **verknüpfte Quotierung für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern auf**
537 **allen Karrierestufen sowie Schaffung regulärer, unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse.**
- 538 • **die Förderung offener Lehrmaterialien zur freien Nutzung in Kitas, Schulen und**
539 **Hochschulen. Die Möglichkeiten digitaler und interaktiver Medien sollen stärker entfaltet**
540 **und im Sinne eines sozial gerechten Lernens für alle eingesetzt werden. Lehr- und**
541 **Lernmaterialien soll stärker unter Einbeziehung von Lehrenden sowie von**
542 **Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gestaltet werden.**
543

544 **Eine Schule für alle.**

545 Nirgends ist das Bildungssystem sozial selektiver als in Bayern, in keinem anderen Bundesland
546 werden Bildungschancen so stark vererbt, nirgends in Deutschland ist der Anteil der Kinder, die auf
547 Förderschulen abgeschoben werden, so hoch. Selbst von den Kindern, die es auf das Gymnasium
548 schaffen, erreichen nur 38 % das Abitur.

549 Die bayerische LINKE setzt auf eine zehnjährige gemeinsame Schule für alle.

550 Kinder aus sozial benachteiligten Familien und Kinder mit Migrationshintergrund müssen umfassend
551 Zugang zu höherer Bildung erhalten.

552 Das Projekt Gemeinschaftsschule beschreibt Wege zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder,
553 unabhängig von sozialer, kultureller oder ethnischer Herkunft, unabhängig von Alter und Geschlecht,
554 unabhängig von der Religionszugehörigkeit und unabhängig von Behinderungen. Diese Schule ist von
555 einer Lehr- und Lernkultur gekennzeichnet, in der gegenseitige Achtung und Akzeptanz wie auch das
556 Lernen mit- und voneinander selbstverständlich sind. Sie fördert kollektives und regt individuelles
557 Lernen an. Sie vermittelt den Umgang mit Verschiedenheit und somit interkulturelle Kompetenz; sie
558 sensibilisiert für Geschlechtergerechtigkeit. Dadurch wird gewährleistet, dass alle Schülerinnen und
559 Schüler einen erfolgreichen Schulabschluss erreichen können.

560 DIE LINKE in Bayern setzt sich für Maßnahmen ein, die das Wiederholen von Jahrgangsstufen unnötig
561 machen.

562 Flächen- und bedarfsdeckend sind Ganztagschulen anzubieten, die nicht lediglich „Verwehranstalten
563 am Nachmittag“ sind. Die gegenwärtige „Ganztagschule“, die um 15 Uhr endet und für die z.B. in
564 München nur 3000 Euro pro Jahr und Klasse budgetiert sind, entspricht bei weitem nicht den
565 pädagogischen und sozialen Zielen. Ganztagschulen sind so einzurichten, dass den Schülerinnen und
566 Schülern auch nachmittags Bildungs- und Betreuungsangebote zur Verfügung stehen, insbesondere
567 für kreatives und experimentelles Lernen. Bei der Erledigung der Übungs- und
568 Wiederholungsaufgaben werden die Schülerinnen und Schüler von voll qualifizierten Lehrkräften
569 unterstützt. Diese Ganztagschulen müssen gemeinsam mit der freien Jugendhilfe, mit Vereinen und
570 der örtlichen Sozialarbeit entwickelt und gestaltet werden.

571 **DIE LINKE in Bayern fordert:**

- 572 • **die Überwindung des vielgliedrigen Schulsystems durch die „inklusive Schule für alle“**
573 **sowie flächen- und bedarfsdeckende Ganztagsangebote**
- 574 • **die Rücknahme der Personalkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen sowie die**
575 **Anrechnung mindestens einer Stunde (perspektivisch drei Stunden) im**
576 **Wochenstundendeputat für Lehrkräfte mit Klassenleitungstätigkeit, Eltern- und**
577 **SchülerInnensprechstunden.**
- 578 • **die Reduzierung von Klassengrößen auf höchstens 25 Schülerinnen und Schüler.**
579 **Mittelfristig sind zwei Lehrkräfte für 16 Schülerinnen und Schüler abzustellen, damit auch**
580 **diejenigen mit besonderem Förderbedarf angemessen unterrichtet werden können.**
- 581 • **die Erprobung neuer Lehr- und Lernformen und die Stärkung der pädagogischen Freiheit**
582 **der Lehrkräfte: die Reduzierung des Frontalunterrichts zu Gunsten beteiligungsorientierter**
583 **Unterrichtsmethoden. Geschlechtergerechte und geschlechtssensible**
584 **Unterrichtsmaterialien und -methoden, insbesondere mit Blick auf Homo- und Bisexualität**
585 **und Transgender**
- 586 • **die Einrichtung von Schulsozialarbeit in allen Schulen**

- 587 • **die Wiederherstellung der Ausbildungsförderung von Schülerinnen und Schülern an**
- 588 **weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in der Oberstufe, Berufsfachschulen sowie**
- 589 **Fach- und Fachoberschulklassen auch dann, wenn die Schülerinnen und Schüler bei den**
- 590 **Eltern wohnen oder einen eigenen Haushalt gründen**
- 591 • **Mitbestimmungsrechte für verfasste Vertretungen von Schülerinnen und Schülern bei**
- 592 **Schulverwaltung und Lehrplan-Erstellung.**
- 593 • **Militär raus aus den Schulen und die Achtung des Beutelsbacher Konsens! Militärische**
- 594 **Werbung ist im Umfeld von Bildungseinrichtungen zu untersagen.**
- 595

596 **Berufliche Bildung verbessern**

597 Die berufliche Erstausbildung ist der Einstieg in das Berufsleben. Misslingt dieser Schritt, sind die
 598 weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten stark gefährdet. Die prekäre Lage auf dem Ausbildungsmarkt
 599 hat sich trotz weniger Bewerberinnen und Bewerber aufgrund der demografischen Entwicklung
 600 kaum entspannt, viele Auszubildende klagen über eine mangelnde Qualität der Ausbildung und zu
 601 geringe Bezahlung. Unternehmen haben die gesellschaftliche Verantwortung für die Finanzierung
 602 und für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen wahrzunehmen und dürfen das
 603 Ausbildungsangebot nicht von Renditezielen abhängig machen.

604 DIE LINKE unterstützt überbetriebliche Ausbildungsverbände.

605 Auch in der beruflichen Bildung sollen integrative Angebote für Menschen mit Behinderungen
 606 Vorrang haben. Lernbeeinträchtigte, sozial Benachteiligte und Jugendliche mit Migrationshintergrund
 607 sind differenziert und gezielt zu fördern. Ziel sind die soziale Integration und der Zugang zum ersten
 608 Arbeitsmarkt.

609 Wir lehnen die Aufbewahrung von Schulabgängerinnen und –abgänger ohne betrieblichen
 610 Ausbildungsplatz im so genannten „Übergangssystem“ ab. Dass Menschen unter 25 Jahren ohne
 611 Ausbildungs- und Arbeitsplatz laut SGB II eine „Bedarfsgemeinschaft“ mit ihren Eltern bilden müssen,
 612 ist ein gesellschaftspolitischer Skandal!

613 Die besondere Qualität der Berufsausbildung im dualen System besteht in der Verzahnung von
 614 betrieblicher und schulischer Ausbildung. Die Situation an vielen Berufsschulen ist allerdings
 615 verheerend: Stundenausfall, veraltete Lehr- und Lernmittel sowie Schulgebäude, die oft in einem
 616 desolaten Zustand sind. Hier muss die Staatsregierung für Abhilfe sorgen. Die finanzielle
 617 Benachteiligung vieler Berufs- und Fachoberschulen im Vergleich zu Gymnasien gehört beendet.

618 Während die Ausbildung in den Betrieben bundeseinheitlich durch das Berufsbildungsgesetz (BBiG)
 619 und die Ausbildungsordnungen geregelt ist, unterliegt die Berufsschule der Regelungskompetenz der
 620 Länder. Um die Zusammenarbeit der Lernorte Berufsschule und Betrieb zu verbessern, muss die
 621 Berufsschule in das BBiG integriert werden. Beide Lernorte, Betrieb und Schule, müssen gleichwertig
 622 nebeneinander stehen. Die Berufsschule hat einen eigenständigen Bildungsauftrag, der über das
 623 Vermitteln von reinem Fachwissen hinausgeht. Daran muss festgehalten werden.

624 **DIE LINKE in Bayern fordert:**

- 625 • **eine Ausbildungsabgabe für Unternehmen mit über zehn Mitarbeitern, die nicht**
- 626 **mindestens 7 % ihrer Arbeitsplätze als qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung**
- 627 **stellen. „Berufsfördermaßnahmen“ sind durch Ausbildungswerkstätten und**

- 628 **Berufsfachschulen mit der Möglichkeit auf qualifizierte berufliche Aus- und Weiterbildung**
629 **im gewünschten Beruf zu ersetzen.**
- 630 • **berufsorientierende Maßnahmen, Berufsberatung und Berufsvorbereitung zu verbessern**
631 **und aufzuwerten, die Lernorte Betrieb und Berufsschule endlich sinnvoll und eng zu**
632 **verzahnen**
 - 633 • **die Ausbeutung Auszubildender als billige Arbeitskräfte zu beenden und eine**
634 **Ausbildungsvergütung, von der Auszubildende gut leben können sowie die Aufstockung**
635 **der Berufsausbildungsbeihilfe**
 - 636 • **die Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen zu erhöhen, mindestens**
637 **13 Unterrichts-Wochenstunden zu gewährleisten**
 - 638 • **Kontrolle und Mitbestimmung bei der Ausbildung durch die Auszubildendenvertretungen**
639 **und ihrer Gewerkschaften sowohl in der betrieblichen als auch in der schulischen**
640 **Ausbildung sowie eine Rechtsverordnung, die die Wahl einer Interessenvertretung auch in**
641 **außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen sicherstellt**
 - 642 • **qualifizierte, geprüfte Ausbilderinnen und Ausbilder für eine qualifizierte Ausbildung sowie**
643 **den Ausbau begleitender Hilfen, um auch Auszubildende aus schwierigen Lebens- und**
644 **Familienverhältnissen durch kompetentes pädagogisches Personal rechtzeitig zu fördern.**
645

646 **Für eine demokratische Hochschule**

647 Die Hochschulpolitik hat unter der Wettbewerbsförderung, Standortsicherung und vermeintlicher
648 Exzellenzförderung den Hochschul-Alltag radikal verändert.

649 Dies betrifft nicht nur die Zusammensetzung der Studierenden, sondern auch die vermittelten Inhalte
650 sowie den Charakter des Studiums. So hat sich die soziale Auslese an den Hochschulen durch die
651 Einführung der Studiengebühren nachweislich verschärft und die Durchlässigkeit des deutschen
652 Bildungssystems ein weiteres Mal verringert. Durch real schrumpfende BAföG-Sätze steigt der soziale
653 Druck, so dass Studierende aus geringverdienenden Haushalten einer Doppelbelastung durch
654 Studium und Beruf gegenüberstehen und immer häufiger von einem Studium absehen müssen.

655 Auch die Umstellung von Diplom- und Magister- auf Bachelor- und Masterabschlüsse im Rahmen der
656 Bologna-Reform hatte verheerende Auswirkung auf die Studiensituation in Deutschland. Mit der
657 Definition des Bachelor zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss wurde faktisch eine weitere
658 Stufe der Selektion auf dem Weg zu einem wissenschaftlichen Anschluss eingezogen, die Reform ist
659 eine weitere Bildungskürzung. Statt der erhofften Förderung von Mobilität der Studierenden
660 vollzieht sich die Einschränkung von selbstbestimmtem und kritischem Lernen und Forschen sowie
661 der permanente Zwang zum Erwerb von Credit-Points in strikt regulierten und modularisierten
662 Studiengängen und die unkritische Standardisierung von Lehr- und Lerninhalten.

663 Verschärft wird diese Krise der Wissenschaften außerdem durch das Leitbild der "unternehmerischen
664 Hochschule". Anstatt die Autonomie der Hochschulen durch die öffentliche Ausfinanzierung
665 sicherzustellen, werden diese in einen permanenten Konkurrenzkampf um die Einwerbung von
666 wettbewerblich oder privat vergebenen Drittmitteln versetzt. Dies führt zu einer Anbiederung der
667 Hochschulen an finanzstarke Unternehmen, eine Ausrichtung der Wissenschaft auf reines
668 Verwertungswissen und eine Beschränkung inhaltlicher und methodischer Pluralität, wie etwa bei
669 den Wirtschaftswissenschaften zu beobachten ist. Bei Kooperationen der Wissenschaft mit
670 Rüstungsunternehmen beispielweise tritt an Stelle des Forschens für ein friedliches Zusammenleben
671 das Forschen für eine optimale Kriegsführung.

672 Leidtragende dieser Veränderungen sind nicht nur die Studierenden, sondern die Gesellschaft
673 insgesamt. Im Rahmen der Logik der Kostenminimierung und zeitlich begrenzter Forschungsaufträge

674 wurden Arbeitsverhältnisse zunehmend prekariert, vom "Traumberuf Wissenschaft" kann keine
675 Rede mehr sein. Durch die Reformen an den Hochschulen wurde die Mitsprache der Studierenden
676 wie auch der der Beschäftigten weiter eingeschränkt. Auf wesentliche Fragen, wie z. B. ihr
677 Arbeitsumfeld oder ihre Forschungsschwerpunkte, haben sie immer weniger Einfluss.

678 **DIE LINKE in Bayern steht für:**

- 679 • **die öffentliche Finanzierung der Hochschulen anstatt der Orientierung auf wettbewerblich**
680 **und privat vergebene Mittel**
- 681 • **die Öffnung der Hochschulen auch für Menschen ohne Abitur, den an der realen Nachfrage**
682 **orientierten Ausbau der Studienplatzkapazitäten sowie die Abschaffung sämtlicher**
683 **Studien- oder Prüfungsgebühren**
- 684 • **den Ausbau der sozialen Infrastruktur und des studentischem Wohnraums durch bessere**
685 **Finanzierung der Studierendenwerke und die De-Kommerzialisierung des Campus**
- 686 • **die innere Demokratisierung der Hochschule mit gesetzlicher Verankerung der Verfassten**
687 **Studierendenschaft als rechtsfähige Teilkörperschaft mit voller Satzungs- und**
688 **Finanzautonomie, mit gesicherter Mitgliedschaft aller Studierenden und**
689 **allgemeinpolitischem Mandat, die Abschaffung der Hochschulräte, die Einführung der**
690 **Viertelparität, die allen Statusgruppen der Hochschule (Professorinnen und Professoren,**
691 **Studierenden, wissenschaftlichem und wissenschaftsunterstützendem Personal) die**
692 **Mitbestimmung sichert sowie die Abschaffung des Einspruchsrechts der katholischen**
693 **Kirche bei der Besetzung von Lehrstühlen**
- 694 • **eine Professorinnenquote, eine genderechte Studienganggestaltung und Maßnahmen,**
695 **um der strukturellen Diskriminierung von Frauen im Wissenschafts- und Lehrbetrieb**
696 **entgegenzuwirken**
- 697 • **die Verankerung von Zivilklauseln im bayerischen Hochschulgesetz sowie in den Statuten**
698 **der Hochschulen: Forschung soll ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecke dienen.**
- 699 • **die Herstellung von Tarifautonomie und die Durchsetzung guter Arbeitsbedingungen an**
700 **den Hochschulen: Umwandlung befristeter Arbeitsverhältnisse in unbefristete,**
701 **insbesondere für den Mittelbau, und tarifliche Arbeitsverhältnisse auch für studentische**
702 **Beschäftigte.**

703

704 **Erwachsenenbildung fördern - Weiterbildung ausbauen**

705 Weiterbildung ist eine Notwendigkeit im beruflichen und persönlichen Alltag, damit integraler
706 Bestandteil von Bildung und als Rechtsanspruch gesetzlich zu verankern. Ein breit gefächertes und
707 flächendeckendes Weiterbildungsangebot ist eine öffentliche Aufgabe, notwendige Weiterbildung
708 darf nicht vom eigenen Geldbeutel abhängen. Ziel von Weiterbildung ist, die Chancen auf Teilhabe in
709 Gesellschaft und Arbeitswelt, gerade in einer sich rapide verändernden Umwelt, zu verbessern und
710 gesellschaftliche Integration zu erleichtern.

711 Im öffentlich geförderten Teil der beruflichen Weiterbildung müssen die Integration von
712 Geringqualifizierten und Erwerbslosen und ihre Qualifikationsbedürfnisse stärker im Mittelpunkt
713 stehen. Es sind Qualifizierungsangebote mit Wahlmöglichkeiten zu schaffen, die eine Verbesserung
714 der beruflichen Qualifikation im Sinne anerkannter Abschlüsse bieten. Die schnelle Vermittlung in
715 schlecht bezahlte und sozial nicht abgesicherte Arbeit lehnt DIE LINKE ab.

716 Der Freistaat muss die ausreichende Finanzierung von Personalräte-Qualifizierungen und die
717 Einplanung von ausreichenden Freistellungstunden bei Lehrkräften, die als Personalräte gewählt
718 worden sind, sicherstellen und darf deren Genehmigung nicht von der Kassenlage abhängig machen.

719 Auch die Beschäftigten in der Weiterbildung haben Anspruch auf eine angemessene Bezahlung ihrer
720 anspruchsvollen Arbeit. Die sozialversicherungspflichtige, unbefristete Vollzeitbeschäftigung muss
721 auch im Weiterbildungsbereich wieder zur Regel werden, die Beschäftigten sind entsprechend den
722 tariflichen Regelungen in anderen öffentlichen Bildungsbereichen zu bezahlen, willkürliche
723 Befristungen durch den Arbeitgeber oder scheinselfständige Beschäftigungsverhältnisse über
724 Werkverträge lehnt DIE LINKE. Bayern ab.

725 Kürzungen im Bereich der politischen Bildung, wie von der schwarz-gelben Regierung vorgenommen,
726 bedeuten Ent-Demokratisierung und sind vor dem Hintergrund der Neonazi-Aktivitäten und der
727 NSU-Mordserie verantwortungslos.

728 **DIE LINKE in Bayern steht für:**

- 729 • **ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung aller Bereiche der öffentlich**
730 **geförderten Weiterbildung**
- 731 • **den Erhalt der Volkshochschulen und den Ausbau der VHS-Förderung durch den Freistaat**
732 **von derzeit 0,45 Euro je Unterrichtseinheit und teilnehmender Person auf mindestens 1,00**
733 **Euro.**
- 734 • **die Bereitstellung öffentlicher Bibliotheken als Teil des Bildungsauftrags der bayerischen**
735 **Verfassung und Pflichtaufgabe der Kommunen sowie eine ausreichende Beteiligung des**
736 **Freistaats an deren Finanzierung**
- 737 • **die Einführung eines Weiterbildungsgesetzes auch in Bayern, inklusive mindestens**
738 **zweiwöchigem gesetzlichen Bildungsurlaub in Bayern.**
- 739 • **ein Mindesthonorar von derzeit 30 Euro pro Unterrichtseinheit zuzüglich des**
740 **Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung für freiberuflich tätige Lehrkräfte.**
741

742 **Elementarbildung, Jugendhilfe und Sozialarbeit**

743 Bildung ist ein vielschichtiger, lebensbegleitender Prozess, der bereits vor der Einschulung beginnt.
744 Besonders wichtig für erfolgreiche Bildung und die Entwicklung sozialer Fähigkeiten ist die frühe
745 Elementarbildung schon im frühen Kindesalter.

746 Kindertagesstätten sind unverzichtbar für den Abbau von Benachteiligungen beim Zugang zu
747 schulischer Bildung sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

748 Das Bayerische Kinderbildungsgesetz (BayKiBiG) schafft keine angemessenen Voraussetzungen, um
749 den Herausforderungen gerecht zu werden. Der jetzige Anstellungs-Schlüssel von 1:11,5 verschleiern
750 zum einen die tatsächliche Situation, da er längst nicht alle Personalstunden darstellt (es fehlen
751 beispielsweise Zeiten für Urlaub, Krankheit und Fortbildung und klammert bis zu 30% der Zeiten aus,
752 die nicht in Gegenwart und in der Interaktion mit den Kindern verbracht werden) und kann so zum
753 anderen keine gute, pädagogisch wertvolle Kinderbetreuung gewährleisten. Die riesigen
754 Entwicklungsunterschiede zwischen Kindern von unter einem Jahr und von 3-Jährigen werden zudem
755 nicht adäquat berücksichtigt. Damit liegt Bayern weit hinter dem in Europa definierten
756 Betreuungsschlüssel von 1:8 (unter 3 Jahren von 1:4) als Voraussetzung für gute Frühbildung.

757 Wir brauchen in Bayern Kindertageseinrichtungen, in denen gleichzeitig sowohl Kinder mit
758 besonderem Förderbedarf, aber auch besonders begabte Kinder miteinander und voneinander
759 lernen. Die Einstellung einer heilpädagogischen Fachkraft in jeder Kita ist hierfür eine wichtige
760 Voraussetzung. Eltern müssen sich frühzeitig für eine Förderung in einer Kindertagesstätte
761 entscheiden können. Die Sprachenvielfalt in einer Gruppe darf nicht als Handicap betrachtet,
762 sondern muss als Gewinn wertgeschätzt werden.

763 Die Kinderpflegerinnen und -pfleger, Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialpädagoginnen und -
764 pädagogen brauchen eine qualifizierte Ausbildung z. B. auch im Bereich der Diagnostik und der
765 Sprachförderung sowie in der Zusammenarbeit mit Eltern. Notwendig sind Weiterbildungsangebote
766 und vor allem genügend Zeit, um alle Kinder individuell fördern zu können. In Bayern muss
767 insbesondere die Fachkraftquote von 50% zugunsten einer von 66% verbessert werden, wobei den
768 Pflegerinnen und Pflegern sowie den Eltern eine großzügige Weiterbildung zu gewähren ist.

769 Die Zusammenarbeit von Eltern, Kinder und Jugendarbeit, von Jugendhilfe und Schule, von
770 Fachkräften der Schul-, -Heil- und Sozialpädagogik sowie therapeutischen Kräften ist notwendiger
771 Bestandteil inklusiver Bildung und Erziehung. Dazu brauchen wir personelle und rechtliche
772 Voraussetzungen.

773 **DIE LINKE in Bayern steht für:**

- 774 • **flächendeckend inklusive gebührenfreie Tageseinrichtungen mit dem dafür erforderlichen**
775 **Personal – in einem ersten Schritt soll für das erste Kita-Jahr ein Rechtsanspruch auf**
776 **kostenfreien Zugang geschaffen werden – und die Abschaffung des derzeitigen auf**
777 **Personaleinsparung ausgerichteten Systems der Buchungszeiten (BayKiBiG) zugunsten**
778 **eines pädagogisch sinnvollen Gesamtbildungskonzepts**
- 779 • **Sicherung der Tariflöhne des Personals durch die Erhöhung des Basiswerts um mindestens**
780 **30 %**
- 781 • **Die sofortige Erhöhung des Grundbetreuungsschlüssels auf 1:10 (eine Erziehungsperson für**
782 **maximal zehn Kinder), mittelfristig auf 1:8, bei bis zu Dreijährigen auf 1:4 sowie die**
783 **Entbürokratisierung der pädagogischen Arbeit, u.a. durch Wegfall von Beobachtungsbögen**
784 **und anderer einseitig geforderter statistischer Leistungen ohne Personalausgleich**
- 785 • **ein angemessenes Verhältnis des Schlüssels für Kinder mit Migrationshintergrund und für**
786 **Kinder aus schwierigen sozialen Lagen sowie eine interkulturelle Erziehung, d. h. auch**
787 **Wegfall der sogenannten Deutschkurse zugunsten einer in der Kita integrierten**
788 **Sprachförderung**
- 789 • **den Wegfall staatlicher Förderung gewinnorientierter Kindertagesstätten sowie ein**
790 **flächendeckendes Angebot nicht religiös gebundener Kindertagesstätten.**
- 791 • **gesunde und kostenfreie Mahlzeiten für die Kinder in allen Einrichtungen.**
792

793 **Freiheit für Kunst und Kultur**

794 Für DIE LINKE steht der Mensch im Mittelpunkt der Politik. Damit ist die LINKE, ist die von uns
795 vertretene Politik selbst ein kulturelles Projekt.

796 Kulturelle Bildung und künstlerische Tätigkeiten sind kein Luxus oder nutzloser Zeitvertreib, sondern
797 wesentlicher Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung und Grundbedürfnis aller Menschen. Alle
798 sollen daran teilhaben können, nicht nur als Konsumentinnen und Konsumenten, sondern als selbst
799 tätige, schöpferische Gestalterinnen und Gestalter.

800 Kunst ist ein Spiegel der Gesellschaft. In ihm erkennen wir Strömungen und Probleme der
801 Gesellschaft als kreative Abbildung der Realität. Orte, an denen Kunst und Kultur stattfindet, sind
802 Orte der Begegnung und des Dialogs unterschiedlicher Kulturen. Hier werden Verständnis und
803 Toleranz für das Andere und für das Eigene gefördert. Kultursponsoring durch finanzkräftige
804 Geldgeber birgt die Gefahr der Instrumentalisierung von Kunst und kann durch „Event“-Orientierung
805 zu einer Verflachung führen. Öffentliche Mittel und öffentliche kreative Freiräume gewährleisten die
806 Vielfältigkeit kultureller Äußerungsmöglichkeiten.

807 **Die Linke in Bayern steht für:**

- 808 • **eine Kulturpolitik, die ein vielgestaltiges und ausgewogenes kulturelles Angebot schafft,**
809 **das für die Allgemeinheit zugänglich bleibt**
- 810 • **die Verbesserung der Situation von Kunst und Kulturschaffenden. Dafür wollen wir**
811 **Arbeitsplätze und Projekte schaffen, die Kunst und Kultur im Alltag der Gesellschaft**
812 **verankern.**
- 813 • **die Unterstützung der kulturellen Infrastruktur bayerischer Kommunen im ländlichen**
814 **Bereich**
- 815 • **den bezahlbaren Besuch von Theatern, Museen und anderen Kunstinstituten sowie die**
816 **Teilnahme an musischer Weiterbildung – zum Beispiel an der Volkshochschule – für alle**
- 817 • **den Ausbau kultureller und musischer Bildung in den Schulen gleichberechtigt zu anderen**
818 **Fächern in den Lehrplänen zu berücksichtigen**
- 819 • **den der Franz-Josef-Strauß-Flughafen umzubenennen nach einer Persönlichkeit, die für**
820 **Bayern tatsächlich Vorbildcharakter hat.**

821

822 **Medienvielfalt statt kommerzieller Verflachung**

823 Medien filtern Informationen für die Bevölkerung und prägen die Kultur. Wer Medien besitzt oder
824 kontrolliert, kann gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen. Die einflussreichsten Medien in
825 Bayern festigen oft die von der CSU geschaffenen herrschenden Verhältnisse und mythisieren ein
826 Geschichtsbild, das in Deutschland seinesgleichen sucht. Die Versuche der CSU, auf die
827 Berichterstattung verschiedener Presseorgane und des Bayerischen Rundfunks Einfluss zu nehmen,
828 sind ein Skandal und verdeutlichen den politischen Handlungsbedarf.

829 In Presse, Fernsehen, Internet und Radio werden kommerzielle Interessen immer bestimmender.
830 Zunehmende Konzentrationsprozesse und steigender Renditedruck führen zu Verflachung der
831 Berichterstattung, unterbesetzte Redaktionen können keine unabhängige und zuverlässige
832 Berichterstattung gewährleisten. Das berührt die demokratische Substanz unserer Gesellschaft.

833 In dieser deformierten Medienlandschaft wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinem
834 eigentlichen Auftrag zunehmend nicht gerecht.

835 DIE LINKE verteidigt in Bayern die Pressefreiheit, unterstützt unabhängige Medienmacherinnen und
836 Medienmacher und trägt selbst zur Herstellung von demokratischer Gegenöffentlichkeit bei.

837 DIE LINKE setzt sich für Medienvielfalt ein, die eine unabhängige Information der Bevölkerung im
838 Sinne gesellschaftlicher Emanzipation ermöglicht. Sie setzt sich für Redaktionsstatute ein, die den
839 Redaktionen unabhängiges Arbeiten garantieren. Das muss im Landtag durch ein Landespressegesetz
840 verbindlich festgelegt werden.

841 Mit der Verbreitung des digitalen Netzes entstehen soziale und räumliche Ausgrenzungen, denn in
842 Bayern ist der Zugang zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien nach Einkommen
843 und Region ungleich verteilt. Dies spaltet die Gesellschaft und steht im Widerspruch zu
844 demokratischen Grundideen.

845 **DIE LINKE in Bayern steht für:**

- 846 • **die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Unabhängigkeit des Bayerischen**
847 **Rundfunks bei der Programmgestaltung. Dafür sind die Aufsichtsgremien des Senders**
848 **entsprechend den vielfältigen Interessen der Gesellschaft zu besetzen und die Regeln**
849 **gemäß Landesmediengesetz Art. 4 im Sinne der Ausgewogenheit des Gesamtangebots und**
850 **der Meinungsvielfalt einzuhalten.**
- 851 • **den Stopp weiterer Kommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen Programmangebots**
- 852 • **die Rücknahme der überhöhten Förderung privater Fernsehsender aus dem bayerischen**
853 **Staatshaushalt**
- 854 • **die Bezahlbarkeit des Empfangs öffentlich-rechtlichen Rundfunks für alle Bürgerinnen und**
855 **Bürger. Geringverdienende, Studierende sowie Bezieherinnen und Bezieher von**
856 **Niedrigrenten müssen ebenso wie Erwerbslose in Hartz IV von der**
857 **Rundfunkgebührenpflicht befreit sein.**
- 858 • **die Bereitstellung einer Infrastruktur für ein bezahlbares Breitband-Internet für alle in**
859 **Bayern.**

860

861 **Innenpolitik**

862 **Demokratie statt Repression und Obrigkeitsstaat**

863 Die bayerische Innen- und Rechtspolitik ist seit Jahren dadurch gekennzeichnet, dass sie vorwiegend
864 repressiv handelt anstatt selbstbewusst und verantwortungsvoll handelnde Menschen aktiv
865 einzubinden und so gemeinsam mit der Bevölkerung das gesellschaftliche Zusammenleben zu
866 gestalten.

867 Wir sind Verfechter des Rechtsstaates. Rechtsstaat heißt zum Beispiel, dass es ein bestimmtes
868 Verfahren braucht, wenn jemand inhaftiert werden soll. Dies heißt zum Beispiel auch, dass bei einem
869 Streit alle, also auch die wirtschaftlich Schwächeren, ihre Meinung vortragen dürfen. Der Zugang zu
870 den Gerichten darf nicht nur denen vorbehalten sein, die es sich leisten können. Eine Verschärfung
871 der Prozesskostenhilfebestimmungen lehnen wir strikt ab. Wir wollen, dass sich der Freistaat Bayern
872 hierfür auch in Berlin einsetzt.

873 Wir sind gegen Gewalt.-Die Alternative zur Gewalt sind Dialog und Diskussion. Hierbei ist es Aufgabe
874 der Politik, Angebote zu schaffen. Hierzu brauchen wir Jugendzentren, die für Jugendliche und
875 Heranwachsende unentgeltlich sind. Wir brauchen Stellen für Streetworker. Sicherheit gibt es durch
876 soziale Kontrolle, mit Demokratie und Einbindung aller Menschen. Demokratie und soziale
877 Gerechtigkeit und Sicherheit sind unmittelbar miteinander verknüpft.

878

879 **Mehr Mitsprache in einem demokratischen Bayern ermöglichen**

880 „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. So bestimmen es Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes
881 und Artikel 2 der bayerischen Verfassung. Nur noch eine Minderheit der Bevölkerung empfindet
882 diese Rechtsnorm jedoch als Realität. Eine immer weiter zurückgehende Wahlbeteiligung macht
883 deutlich, wie gering die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an positive politische
884 Veränderungen sind. Das ändert sich nur, wenn alle Menschen an den Entscheidungsprozessen
885 teilnehmen können. Zu hoch sind die Hürden für Mitsprachemöglichkeiten bei Volksentscheiden und
886 Bürgerbegehren.

887 **DIE LINKE steht für:**

- 888 • **die Senkung der rechtlichen Hürden für kommunale und landesweite Volksabstimmungen**
- 889 • **die Streichung des Artikels 73 der bayerischen Verfassung („Über den Staatshaushalt findet kein Volksentscheid statt.“); Bürgerhaushalte müssen möglich werden.**
- 890 • **die Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts auf alle Bürgerinnen und Bürger, die in Bayern leben und über 16 Jahre alt sind**
- 891 • **die generelle Anwendung des demokratischen Hare-Niemeyer-Auszählverfahrens bei**
- 892 **Wahlen**
- 893 • **die Stärkung politischer Vielfalt in den kommunalen Parlamenten und damit die deutliche**
- 894 **erleichterte Möglichkeit, bei Kommunalwahlen antreten zu können**
- 895 • **die Förderung des Demokratieverständnisses aller und im Besonderen der jungen**
- 896 **Bürgerinnen und Bürger sowie der Initiativen und Einrichtungen für selbst verwaltete**
- 897 **Jugend- und Kulturarbeit durch den bayerischen Landtag.**
- 898
- 899

900

901 **Öffentliche Verwaltung demokratisieren**

902 Verwaltungsreform darf nicht wie in der Vergangenheit Personalabbau, Arbeitsverdichtung und
903 Beschneidung der Mitbestimmung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst heißen. DIE LINKE
904 fordert auf jeder Verwaltungsebene Bürgerbeauftragte (Ombudsleute) mit aufschiebendem
905 Vetorecht, die als neutrale Schlichtungsinstanzen auf vorgerichtlicher Ebene zwischen den Bürgern
906 und den einzelnen Ämtern und Behörden auftreten. Hierzu ist Personal erforderlich.

907 **DIE LINKE steht für:**

- 908 • **die Schaffung eines echten öffentlichen Beschäftigungssektors unter Einhaltung der**
909 **Tarifbestimmungen**
- 910 • **die Demokratisierung öffentlicher Betriebe und Dienststellen in Bayern**
- 911 • **den Ausbau und die Stärkung der Beteiligungsrechte**
- 912 • **die Erweiterung des Wahlrechts auf Personal-, Jugend- und Auszubildendenvertretungen**
- 913 • **die Bildung eines Landes-Personalrates und einer Landes-Jugend- und**
914 **Auszubildendenvertretung auf der Ebene des Ministerrats, um die Mitbestimmungsrechte**
915 **zu stärken**
- 916 • **die verstärkte Einstellung von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund**
- 917 • **die Streichung des "Radikalenerlasses" vom Dezember 1991, um Angehörigen von**
918 **antifaschistischen und linken Gruppierungen den Zugang zum öffentlichen Dienst zu**
919 **ermöglichen**
- 920 • **mehr Einstellungen von Streetworkern im öffentlichen Dienst**
- 921 • **die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern und Bürgerinitiativen bei Großprojekten**
922 **sowie beim Siedlungs- und Wohnungsbau.**

923 Wir wollen die Bezirksregierungen als verlängerten Arm der Staatsregierung abschaffen und die
924 demokratischen Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Regionen stärken. DIE LINKE
925 fordert die Dezentralisierung möglichst vieler Kompetenzen, damit mehr Entscheidungen vor Ort
926 getroffen werden können. Dafür müssen die kommunalen Körperschaften mit den erforderlichen
927 Finanzen ausgestattet werden.

928

929 **Für die innere Sicherheit dürfen keine Freiheitsrechte geopfert werden**

930 Im Grundgesetz verankerte persönliche Freiheitsrechte, die den einzelnen Bürger vor staatlichen
931 Übergriffen schützen, werden unter dem unbestimmten Begriff der „Gefahrenabwehr“
932 eingeschränkt. Das betrifft insbesondere das Recht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.
933 Mit der Einschränkung von Freiheitsrechten, dem Ausbau des Überwachungsstaates und der
934 Militarisierung der Innenpolitik wird die Gefahr von Terroranschlägen in der Bundesrepublik nicht
935 verringert.

936 Es ist nicht Aufgabe der Innenpolitik, die Bürgerinnen und Bürger zu bespitzeln und unter
937 Generalverdacht zu stellen. Es ist Aufgabe der Politik, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, auch
938 und vor allem vor staatlichen Übergriffen. Die bayerische LINKE sagt entschieden nein zu dem
939 Vorhaben, öffentliche Sicherheit mit der Einschränkung von Freiheitsrechten herstellen zu wollen.

940 Probleme der öffentlichen Sicherheit sind auch eine soziale Frage. Die Ursachen von Kriminalität
941 müssen bekämpft werden. Alltägliche Gewalt oder Eigentumsdelikte wachsen oft in so genannten
942 „sozialen Brennpunkten“, in denen fehlende Perspektiven, Armut, Erwerbslosigkeit und mangelnde
943 Integration von Menschen geballt auftreten. Bei „Einsparungen“ in der Arbeitsmarktpolitik, in der

944 Sozialarbeit, an Sprachkursen, an Beratungs- und Hilfsangeboten ist ansteigende Kriminalität
945 unweigerlich das Ergebnis.

946 **DIE LINKE steht für:**

- 947 • **die Beschränkung polizeilicher Maßnahmen wie das befristete Einsperren ohne Urteil,**
- 948 **Platzverweis und Aufenthaltsverbot**
- 949 • **das generelle Verbot von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, bei Versammlungen**
- 950 **und Demonstrationen**
- 951 • **die Abschaffung von Rasterfahndung und Erheben biometrischer Daten,**
- 952 • **die ersatzlose Auflösung der Verfassungsschutzbehörde**
- 953 • **den umfassenden Ausbau von Beratungs- und Hilfsangeboten der Sozialarbeit**
- 954 • **die Einrichtung eines Menschenrechtsausschusses im bayerischen Landtag**
- 955 • **eine an den Landtag angebundene unabhängige Beschwerdestelle, die mittels umfassender**
- 956 **Rechte mögliche Rechtsverletzungen der Polizei überprüft und ihre Arbeitsergebnisse bei**
- 957 **Verdacht von Rechtsverletzungen an die Staatsanwaltschaft weiterleitet**
- 958 • **die politische Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft sowie die Überwachung der**
- 959 **Staatsanwaltschaft durch alle im Landtag vertretenen Parteien**
- 960 • **das Verbot von Agents provocateurs**
- 961 • **eine bessere Ausbildung der Polizei, vor allem in Bezug auf Deeskalationsverhalten sowie**
- 962 **zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität**
- 963 • **das Verbot des Einsatzes der Polizei zur Durchsetzung politischer oder wirtschaftlicher**
- 964 **Interessen**
- 965 • **die Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten**
- 966 • **gesellschaftliche Voraussetzungen, die die Existenz der polizeilichen Sondereinheit USK**
- 967 **(Unterstützungskommando) unnötig machen**
- 968 • **die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung**

969

970 **Versammlungsfreiheit verteidigen**

971 Der Versuch, das bayerische Versammlungsgesetz massiv zu verschärfen, ist aufgrund breiten
972 gesellschaftlichen Protestes und einer Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. 9.
973 2009 gescheitert. Dennoch wurden mehrere Verschärfungen im Vergleich zum alten
974 Versammlungsgesetz durchgeführt. Wir stehen für eine Liberalisierung des Versammlungsgesetzes
975 vor allem für soziales und antifaschistisches Engagement.

976 Wir wollen, dass sich die Bevölkerung ohne Angst vor Registrierung, Beobachtung und
977 Videoaufzeichnungen durch den Staat ohne Angst für demokratische Grundsätze demonstrieren und
978 an der politischen Willensbildung teilnehmen kann. Die Teilnahme an einer Demonstration darf kein
979 Hinderungsgrund sein, in den öffentlichen Dienst aufgenommen zu werden. Dies ist vor den
980 geschichtlichen Hintergründen unseres Landes wichtig.

981 Das berechtigte und notwendige Verbot neonazistischer Aufmärsche darf nicht gegen soziales und
982 antifaschistisches Engagement ins Gegenteil verkehrt werden. Unser Maßstab ist Artikel 8 des
983 Grundgesetzes, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit, und die entsprechende Definition der
984 freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch das Bundesverfassungsgericht.

985 **DIE LINKE steht für:**

- 986 • **Rücknahme der Regelung, dass bereits zwei Personen eine Versammlung darstellen**
- 987 **können**
- 988 • **das Verbot von „Kleiderordnungen“ bei Versammlungen**

- 989 • **das Verbot polizeilicher Bild- und Tonaufnahmen bei Versammlungen**
- 990 • **den Schutz persönlicher Daten der Ordnerinnen und Ordner**
- 991 • **die bürokratiefreie Anmeldung einer Versammlung**
- 992 • **die uneingeschränkte Möglichkeit gerichtlicher Überprüfung im Falle eines Verbots oder**
- 993 **von Auflagen durch zu kurzfristige Bekanntmachung des Bescheides durch Behörde oder**
- 994 **Polizei**
- 995 • **das Verbot verdeckter Ermittler, insbesondere von Agent provocateurs**
- 996 • **das Verbot von Polizeikesseln und Bedrängung von Demonstrationsteilnehmern**
- 997 • **den Schutz antifaschistischer Demonstrationen vor neonazistischen Übergriffen und**
- 998 **Provokationen**
- 999 • **das Verbot der Speicherung von Daten der Demonstrationsteilnehmer.**

1000

1001 **Drogenpolitik – Hilfe statt Repression**

1002 Im Bereich der Drogenpolitik muss ein Umdenken stattfinden. Die Erfahrungen zeigen, dass Drogen-
 1003 und Alkoholkonsum durch Verbote nicht eingeschränkt werden kann. Kriminalisierung und
 1004 Ausgrenzung trägt nicht zur Sicherheit der Bevölkerung bei. Wir wollen keine Angst verbreiten.

1005 DIE LINKE steht für eine Drogenpolitik, die sich am aktuellen wissenschaftlichen Stand und am Wohl
 1006 der Allgemeinheit, zu der auch Alkohol- und Drogenabhängige gehören, orientiert. Wir wollen
 1007 politische Maßnahmen, Angebote und Prävention, anstatt diese Problematik alleine als polizeiliche
 1008 Aufgabe zu betrachten.

1009 Auch Polizeibeamtinnen und -beamte sind mit Würde zu behandeln. Sie sind keine
 1010 Befehlsempfänger, sondern Demokratie, Rechtsstaat und Grundgesetz verpflichtet.

1011 **DIE LINKE steht für:**

- 1012 • **objektive Aufklärung im Rahmen des Schulunterrichts über mögliche Folgen des Drogen-,**
- 1013 **Alkohol- und Medikamentenmissbrauchs**
- 1014 • **die Entkriminalisierung von Besitz, Erwerb, Einfuhr und Anbau sowie die Zulassung von**
- 1015 **kontrolliertem Handel mit Cannabis unter Berücksichtigung des Jugendschutzes**
- 1016 • **optimale Hilfe für Suchtkranke**
- 1017 • **psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen und Streetworker,**

1018

1019 **Datenschutz ernst nehmen – Nein zum „gläsernen Menschen“**

1020 Grundlage des Datenschutzes ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Jeder Mensch
 1021 muss selbst frei entscheiden können, was mit seinen personenbezogenen Daten geschieht.
 1022 Angesichts der wachsenden Bedeutung von Informationstechnologien und elektronischer
 1023 Datenverarbeitung gewinnt der Datenschutz immer mehr an Bedeutung. Die gegenwärtige
 1024 Rechtslage setzt zwar der Daten-Sammelwut Grenzen, aber längst nicht im notwendigen Umfang.

1025 **DIE LINKE steht für:**

- 1026 • **die Verankerung des Datenschutzes in die Landesverfassung**
- 1027 • **ein von der Regierung unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz**
- 1028 • **die Ausweitung des Datenschutzgesetzes auf alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung**

- 1029 • **die Einführung des Anspruchs aller Bürgerinnen und Bürger auf kostenlose Auskunft,**
- 1030 **Korrektur und Löschung von Daten in zentralen Datenbanken**
- 1031 • **die personelle und finanzielle Aufwertung der/des Datenschutzbeauftragten und**
- 1032 **ihrer/seiner Arbeitsmöglichkeiten**
- 1033 • **die Löschung aller über den gesetzlichen Rahmen hinausgehenden, über ein Jahr alten**
- 1034 **Daten von Schülerinnen und Schülern**

1035

1036 **Religionsfreiheit, Gewissensfreiheit, Recht auf Kriegsdienstverweigerung**

1037 Religionsfreiheit heißt, dass Frau und Mann auch Atheisten sein dürfen, ohne dadurch Nachteile zu
1038 haben. Religionsfreiheit heißt aber-auch, dass die Menschen ihren Glauben ausleben dürfen.

1039 Das heißt für DIE LINKE, dass wir nichts gegen den Bau von Moscheen, auch mit Minaretten, haben.
1040 Das positive Beispiel aus Hamburg, wo islamische Feiertage anerkannt sind, soll auch in Bayern
1041 Lebenswirklichkeit werden.

1042 Die Frage des Tragens von Kopftüchern darf nicht repressiv, das heißt durch Gesetze geregelt
1043 werden. Ob Frauen ein Kopftuch tragen wollen oder nicht, ist ihre private Sache.

1044 DIE LINKE ist eine Antikriegspartei. Die Verweigerung des Kriegsdienstes ist ein Beitrag zum Frieden.
1045 DIE LINKE ist für die Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern oder Deserteuren aus anderen Staaten.
1046 Sich der Gewalt zu verweigern ist positiv.

1047 Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dürfen nicht dadurch beschränkt werden, dass
1048 sie bei Tendenzbetrieben wie kirchlichen Institutionen oder Wohlfahrtsorganisationen oder -
1049 verbänden arbeiten.

1050 Im Rundfunkrat der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radioanstalten müssen Vertreterinnen und
1051 Vertreter aller Glaubensgemeinschaften sowie Konfessionslose vertreten sein.

1052 Die LINKE steht für die Freiheit der Lehre, auch bei Universitäten. Wir lehnen ein
1053 Mitbestimmungsrecht der Kirchen bei der Besetzung von Lehrstühlen („Konkordatslehrstühle“) ab.
1054 Die Trennung von Staat und Religion muss gewährleistet sein.

1055

1056 **Flüchtlinge brauchen Schutz - Asylrecht ausbauen**

1057 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diese Tatsache muss in ganz Bayern zur Leitlinie der Politik
1058 werden und ist in allen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften zu berücksichtigen.

1059 Solange es Kriege, Ausbeutung, soziale Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit gibt, wird es Flucht
1060 geben. Es ist daher falsch, mit einer repressiven Asylpolitik gegen Flüchtlinge und nicht gegen die
1061 Ursachen der Flucht zu kämpfen. Das Asylrecht ist Teil der Menschenrechte und Ausdruck unserer
1062 politischen, humanitären und geschichtlichen Verantwortung. Einen Abbau der Rechte der
1063 Flüchtlinge nehmen wir nicht hin.

1064 Die auf Landesebene erlassenen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz – früher
1065 Ausländergesetz - sind von dem falschen Leitgedanken getragen, Ausländerinnen und Ausländer zur

1066 Ausreise zu bewegen, außer Landes zu befördern und Integration, Einwanderung und
1067 Aufenthaltsverfestigung zu erschweren. Wir wollen ein gastfreundliches, menschliches Bayern.

1068

1069 **DIE LINKE steht für:**

- 1070 • **die Aufhebung der Drittstaatenregelung und das Engagement des Freistaates Bayern hierzu**
- 1071 **in Berlin**
- 1072 • **die Unwiderruflichkeit des Asylrechts bei anerkannten Flüchtlingen**
- 1073 • **die Anerkennung des Aufenthalts auch von abgelehnten Asylbewerberinnen und –**
- 1074 **bewerbern oder Migrantinnen und Migranten ohne Papiere,**
- 1075 • **das Verbot von Abschiebungen und Gewalt gegen Menschen, die kein Aufenthaltsrecht**
- 1076 **haben**
- 1077 • **die Gewährung des Bleiberechts auch für Arbeitslose, Kranke, Alte und Behinderte**
- 1078 • **die Auszahlung von Sozialleistungen in Geld und nicht in Form von Essenspaketen oder**
- 1079 **Gutscheinen,**
- 1080 • **den erleichterten Zugang von Fällen zur Härtefallkommission und die gesetzliche Garantie,**
- 1081 **dass während des Härtefallverfahrens keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen**
- 1082 **vorgenommen werden dürfen**
- 1083 • **die Einrichtung einer flächendeckenden und kostenlosen Beratungsstruktur für**
- 1084 **Migrantinnen und Migranten und Aufstockung der Mittel für Beratungsstellen**
- 1085 • **die Abschaffung der Lager**
- 1086 • **die Abschaffung der Residenzpflicht**
- 1087 • **den sofortigen Stopp von Ausreiseaufforderungen in die Herkunftsländer, die Flüchtlinge**
- 1088 **an ihre Folterer und Mörder ausliefern**
- 1089 • **die Abschaffung der Flüchtlingsheimen, in denen die Flüchtlinge vom gesellschaftlichen**
- 1090 **Geschehen ausgegrenzt sind**
- 1091 • **eine Beschleunigung des Asylverfahrens und die Anerkennung laufender Asylanträge.**

1092

1093 **Migrations- und Integrationspolitik zukunftsfähig gestalten**

1094 Nach weit mehr als 50 Jahren bundesdeutscher Migrationsgeschichte stellen wir fest, dass
1095 Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund noch immer vielfachen gesellschaftlichen
1096 Ausgrenzungen ausgeliefert sind. Sie sind in ihrer Wohnumgebung isoliert, in der Arbeitswelt
1097 überproportional ausgebeutet, überwiegend mit niedrig qualifizierten Tätigkeiten betraut und vom
1098 gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ausgeschlossen.

1099 Der Verlust des Arbeitsplatzes geht sehr oft mit dem Verlust der Aufenthaltserlaubnis einher, so dass
1100 es den Betroffenen de facto nicht möglich ist sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen und schlechte
1101 Löhne zu wehren. Wie bei Hartz IV werden die Betroffenen staatlicherseits gezwungen schlechte
1102 Arbeitsbedingungen und schlechte Löhne anzunehmen.

1103 Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am kulturellen, politischen,
1104 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer solidarischen und demokratischen
1105 Gesellschaft. Dies wollen wir auch in Bayern so.

1106 Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und mangelnde Bildung sozial Benachteiligter sind Bestandteile der
1107 allgemeinen Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Sie wirken auf
1108 Menschen mit Migrationshintergrund in besonderem Maße negativ. Ihnen wird oft einseitig die

1109 Schuld an ihrer Situation zugeschrieben. Wir sind gegen jede Politik, die Zuwanderer und
1110 Einheimische gegeneinander ausspielen will.

1111 Menschen mit Migrationshintergrund sind vom Sozialabbau besonders hart betroffen. Durch Hartz IV
1112 sind der Anschluss an den Arbeitsmarkt und die Familienzusammenführung fast unmöglich
1113 geworden. Aufgrund des ALG II erhalten viele kein dauerhaftes Bleiberecht mehr. Zudem wird die
1114 Einbürgerung erschwert und im Extremfall droht die Nichtverlängerung oder Verkürzung / Befristung
1115 der Aufenthaltserlaubnis. Dies beraubt die Migrantinnen und Migranten ihrer Arbeitnehmerrechte.
1116 Aus Angst vor einer Ausweisung müssen Migrantinnen und Migranten lautlos jede Arbeits- und
1117 Lebensbedingung hinnehmen. Gleichzeitig werden die Migrantinnen und Migranten damit gegen die
1118 sonstigen Arbeitnehmer ausgespielt.

1119 Ein großer Teil der Menschen mit Migrationshintergrund hat keinen Zugang zu weiterführender
1120 Bildung. Für die nachfolgenden Generationen setzt sich diese negative Entwicklung fort. Der Zugang
1121 zu weiterführenden Bildungsabschlüssen hat sich auch in den letzten Jahren wieder verschlechtert.

1122 Migrantinnen und Migranten gelten in unserer Gesellschaft häufig als unqualifiziert und ungelern.
1123 Ihre schulischen und beruflichen Abschlüsse aus den Herkunftsländern werden besonders in Bayern
1124 nur unter komplizierten Voraussetzungen oder überhaupt nicht anerkannt.

1125 Die erste Generation der Migrantinnen und Migranten hat längst das Rentenalter erreicht. Viele von
1126 ihnen brauchen Unterstützung und Pflege durch öffentliche Einrichtungen. Diese müssen personell
1127 und materiell besser ausgestattet werden.

1128 **DIE LINKE steht für:**

- 1129 • **Einbürgerungserleichterung in Bayern**
- 1130 • **das Wahlrecht für alle, die hier leben,**
- 1131 • **die Bestimmung einer/eines Landesbeauftragten zur Förderung der Chancengleichheit,**
1132 **die/der Gesetze, Verwaltungsrichtlinien und Verwaltungshandeln auf Rassismus,**
1133 **Intoleranz und Diskriminierung überprüft**
- 1134 • **ein tragfähiges Migrations- und Integrationskonzept, das auf allen Ebenen des Freistaates**
1135 **umzusetzen ist. Die Umsetzung muss in regelmäßigen Abständen überprüft und bewertet**
1136 **werden. Die notwendigen finanziellen Mittel sind bereitzustellen.**
- 1137 • **die Einbeziehung von Privatpersonen, Vereinen und Institutionen, die sich mit Migration**
1138 **und Integration auseinandersetzen, in die Erarbeitung und Umsetzung entsprechender**
1139 **Maßnahmen**
- 1140 • **die gute finanzielle Ausstattung von Vereinen und Wohlfahrtsverbänden, die sich um**
1141 **Integration kümmern**
- 1142 • **die Förderung interkulturelle Kompetenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im**
1143 **Öffentlichen Dienst. Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund und**
1144 **entsprechender Qualifikation sollen verstärkt eingestellt werden.**
- 1145 • **die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse**
- 1146 • **mehr und verbesserte Deutschkurse**
- 1147 • **die Förderung der Integration durch Projekte wie die »Soziale Stadt«**
- 1148 • **das Engagement des Freistaates Bayern im Bund für eine erleichterte Erlangung der**
1149 **doppelten Staatsbürgerschaft.**

1150 **Faschismus und Nationalismus bekämpfen**

1151 „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt
1152 des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ So heißt es im Schwur der überlebenden Häftlinge des
1153 Konzentrationslagers Buchenwald. Dieser Schwur ist für DIE LINKE eine Verpflichtung.

1154 In Bayern gehören auch heute noch Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zum Alltag.
1155 Das zeigen Angriffe auf Menschen, die sich antifaschistisch engagieren, Übergriffe auf linke Zentren,
1156 Organisationen und Kundgebungen, Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten sowie die offenkundig
1157 zunehmende Akzeptanz fremdenfeindlicher und rechtspopulistischer Positionen.

1158 Dem tritt DIE LINKE Bayern entschieden entgegen. Neofaschismus, Rassismus und
1159 Fremdenfeindlichkeit können nur wirksam bekämpft werden, wenn auch die Ursachen der
1160 Ungleichheit und der Besitzverhältnisse unserer Gesellschaft erkannt und geändert werden.

1161 Das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischen Organisationen, die Einziehung ihres
1162 Vermögens und das Verbot von Ersatzorganisationen würden die Strukturen des organisierten
1163 Neofaschismus erheblich schwächen. DIE LINKE. Bayern fordert, dass sich das Land Bayern der
1164 Initiative für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren anschließt. Die Alimentierung der NPD durch den
1165 Verfassungsschutz muss beendet, V-Leute müssen abgezogen werden.

1166 Durch die Gleichsetzung von Antifaschismus mit Rechtsextremismus werden antifaschistische und
1167 engagierte Organisationen gesellschaftlich ausgegrenzt und ihr finanzieller Handlungsspielraum
1168 massiv beschnitten.

1169 Antifaschistische Initiativen in Bayern leisten wertvolle Arbeit beim Kampf gegen rechte Ideologien
1170 und Einstellungen. Sie müssen öffentlich gefördert werden.

1171 Zudem fordert DIE LINKE Bayern ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen für Opfer
1172 neofaschistischer Gewalt. Nach dem Vorbild von „Exit“ werden wir uns für Ausstiegsprogramme für
1173 Rechte in Bayern einsetzen.

1174 Wir wollen aus den positiven Erfahrungen in Niedersachsen, wo rund 100 Rechtsextremisten durch
1175 aktives Handeln zum Aussteigen bewegt werden konnten und in Nordrhein-Westfalen, wo es sogar
1176 120 Aussteiger gibt, auch für Bayern lernen und dies in Bayern auch so handhaben.

1177 DIE LINKE Bayern unterstützt antifaschistische Bündnisse und versteht sich als Bestandteil der
1178 antifaschistischen Bewegung. Wir werden weiterhin zum Protest gegen Naziaufmärsche aufrufen und
1179 uns aktiv an der Verhinderung solcher Aufmärsche, beispielsweise durch Blockaden, beteiligen.

1180 Eine demokratische und antifaschistische Erinnerungskultur ist notwendig für die Gestaltung von
1181 Gegenwart und Zukunft. Museen und Gedenkstätten bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit.
1182 Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus und Gedenken an die Millionen Opfer sind dabei
1183 zentrale Punkte.

1184 DIE LINKE Bayern fordert die Abschaltung der Internetplattform „Bayern gegen Linksextremismus“.
1185 Die aus Steuermitteln finanzierte Plattform diffamiert offen DIE LINKE und Organisationen wie die
1186 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) und regionale
1187 Aktionsbündnisse gegen rechtsradikale Aktivitäten.

1188

1189 **Den Einsatz des Staatstrojaners in Bayern beenden**

1190 Das bayerische Innenministerium setzt Trojaner ein, um neben der Überwachung von
1191 Telefongesprächen kompletten Zugriff auf die IT-Kommunikation zu haben.

1192 Der Einsatz von Trojaner-Software ist eine unkalkulierbare Sicherheitsgefahr. Daten und Dokumente
1193 werden von fremden Rechnern gelesen, Screenshots werden erstellt und Mikrofone und Webcams
1194 für die Raumüberwachung aktiviert.

1195 Trojaner manipulieren auch Daten auf dem Zielcomputer und ermöglichen die Speicherung von
1196 Dateien durch die Ermittler auf dem PC des Verdächtigen.

1197 **DIE LINKE steht für:**

- 1198 • **die Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten gegen**
- 1199 **Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit**
- 1200 • **die politische und finanzielle Unterstützung antifaschistischer und antirassistischer**
- 1201 **Projekte und Initiativen**
- 1202 • **die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und antisemitischer und**
- 1203 **neonazistischer Straftaten**
- 1204 • **die ersatzlose Abschaffung der Erlasses zur „Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen**
- 1205 **Dienst“**
- 1206 • **den Abzug aller V-Leute aus NPD und anderen Parteien und Organisationen**
- 1207 • **das Verbot von NPD, FNS und weiterer neonazistischen Organisationen**
- 1208 • **Streetworker, die das Umfeld der Neonazis ausdünnen und den Zulauf junger Menschen in**
- 1209 **die Neonazi-Szene verhindern**
- 1210 • **die Förderung der Erinnerungskultur durch Ausstellungen, Informationsveranstaltungen**
- 1211 **und Gedenkstätten.**

1212

1213 **Ein anderes Bayern: Kooperativ und solidarisch**

1214 Die Marktwirtschaft lebt von Bedingungen, die sie selbst nicht schaffen kann. Bund, Länder und
1215 Gemeinden, immer mehr auch europäische und weltumspannende öffentliche Institutionen setzen
1216 die politischen Rahmenbedingungen. Vor allem Städte, Gemeinden, Landkreise und auch die
1217 Bundesländer müssen darüber hinaus technische, soziale und kulturelle Einrichtungen bereitstellen
1218 und unterhalten. Die Weiterentwicklung dieser Infrastruktur stellt die Weichen für Lebensqualität
1219 und wirtschaftliche Chancen auf Jahre und Jahrzehnte im Voraus. Linke Politik interveniert in diese
1220 Planungsprozesse, um ein Gegengewicht zu den Ungerechtigkeiten des Marktes zu schaffen. Uns
1221 geht es um verbesserte Lebensbedingungen für die einzelnen Menschen und um Teilhabe aller
1222 Gemeinden und Regionen an der wirtschaftlichen Entwicklung. Unser Ansatz einer solidarisch-
1223 ausgleichenden Strukturpolitik ist gerade heute wichtig, wo wir erleben, dass das Ziel gleichwertiger
1224 Lebensverhältnisse für Frauen und Männer, Kinder, Jugendliche und Studierende, Erwerbstätige und
1225 Rentnerinnen und Rentner allzu oft nur noch ein Lippenbekenntnis ist. Allzu oft wandern öffentliche
1226 Mittel in die Regionen mit boomender Wirtschaft, während der Zugang zu öffentlichen Gütern und
1227 Einrichtungen denen schwer gemacht wird, die sie am dringendsten brauchen.

1228 **Bayern kann es nicht alleine!**

1229 Das Bundesland Bayern ist seit Jahrzehnten ein Land im Umbruch. In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg
1230 ergriff die industrielle Entwicklung auch sämtliche ländlichen Gebiete des Flächenstaates. Das
1231 bäuerliche Dorf und die beschauliche Kleinstadt verschwanden. Im Wirtschaftsleben ging der Anteil
1232 der bäuerlichen und handwerklichen Familienbetriebe und der kleinen Geschäfte zurück. Regionale
1233 Wirtschaftskreisläufe wurden unterbrochen. Die industrielle Produktion für den Weltmarkt und die
1234 Versorgung mit Angeboten des Weltmarktes bestimmen inzwischen das Bild.
1235 Bayern konnte diese große Modernisierung nicht aus eigener Kraft bewältigen und schon gar nicht im
1236 Selbstlauf marktwirtschaftlicher Kräfte. Politische Entscheidungen bestimmten die Entwicklung.
1237 Jahrzehntlang beanspruchte der Freistaat Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich. Gezielte
1238 und politisch motivierte Investitionsentscheidungen großer Konzerne trugen zum Aufschwung der
1239 Industrie bei. Das Land wurde bevorzugter Standort von Atom- und Rüstungsindustrie. Die
1240 Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf sollte Bayern zum Zentrum der Atom- und
1241 Reaktorwirtschaft machen.

1242 **Ballung und Schrumpfung – zwei alarmierende Entwicklungen**

1243 In den letzten Jahrzehnten ist weltweit ein Wandel der Industriegesellschaften in Gang gekommen.
1244 Man spricht von der wissensbasierten Industriegesellschaft, einer überall wirksamen Tendenz zur
1245 Verstädterung, ja sogar von der „Metropolisierung der Erde“. Unbestritten ist, dass wirtschaftliche
1246 Entwicklung heute eine sinnvolle Kombination von Industrie, Wissenschaft, Kultur, von Einrichtungen
1247 der sozialen Daseinsvorsorge und der technischen Infrastruktur voraussetzt. Wenn die Politik nicht
1248 oder ungenügend steuert, kommt es zu überhitzten Ballungsprozessen, daneben können ganze
1249 Regionen veröden. Dieses Problem zeigt sich auch im Freistaat Bayern.
1250 Die wirtschaftliche Entwicklung konzentriert sich hier auf zwei Ballungsräume. Der Norden Bayerns,
1251 das Frankenland mit den zusammenwachsenden Städten Nürnberg, Erlangen, Fürth und Schwabach
1252 als Kern hat es schwer, an seine großen Industrie- und Handelstraditionen anzuschließen. Im Süden
1253 entwickelt sich im Großraum München eine Ballung, die alle Ressourcen an sich zieht. Abseits von
1254 den Zentren kommt die Entwicklung nicht mit, es sind Rückschritte und Schrumpfungsprozesse zu
1255 spüren. Ganze Landstriche drohen zu veröden, weil über Jahrzehnte der junge und

1256 qualifikationsorientierte Teil der Bevölkerung – der Logik der bayrisch-sächsischen
1257 Zukunftskommission folgend – zur Abwanderung gezwungen wurde. Das sind Folgen einer Politik, die
1258 sich an die marktgetriebenen Ballungsprozesse und wirtschaftliche Konzentrationstendenzen
1259 anhängt anstatt gezielt gegenzusteuern.

1260 **Greater Munich – eine gescheiterte Strategie**

1261 Die bayerische Landespolitik der Ära Stoiber wollte aus München eine „Global City“ machen.
1262 Hochhaus-Skyline für München. Transrapid zum Flughafen. Flughafen als globales Drehkreuz.
1263 München als Finanzplatz für den Alpen-Adria-Raum. Als i-Tüpfelchen oben drauf München als
1264 Veranstalter von olympischen Winterspielen. Diese Pläne sind gescheitert. Geblieben ist eine
1265 überhitzte Konjunktur im Großraum München, die gerade nicht die anderen Regionen mitzieht,
1266 sondern belastet.

1267 Die Prozesse wirtschaftlicher Ballung faszinieren Gesellschaft und Politik. Die Ballung ist als Standort
1268 von Konzernzentralen, von großen Medieneinrichtungen, von Finanzinstitution und
1269 Wissenschaftseinrichtungen interessant. Bei den Einzelnen weckt das Aufstiegs Hoffnungen, bei der
1270 Politik schaut man auf die Steuererträge. Aus dem Blick gerät, dass der wirtschaftliche Erfolg nicht
1271 auf dem Aufstieg Einzelner beruht, sondern auf der Arbeit der Vielen. So werden Karrieren
1272 überbewertet und auch überbezahlt, Arbeit wird unterbewertet. Bereits jetzt kann ein großer Teil
1273 der Menschen, deren Arbeit die Stadt und ihre Wirtschaft am Laufen hält, von ihrem Arbeitslohn in
1274 München nicht leben.

1275 Die Folgen für die Menschen: Wildwüchsige Ballung führt zu explodierenden Lebenshaltungskosten,
1276 vor allem der Mieten, die eine große und wachsende Zahl von Menschen nicht aufbringen kann. Die
1277 Kultur des sozialen Ausgleichs, in den großen Städten des Landes mit Nachdruck von den
1278 Gewerkschaften und den Sozialverbänden vertreten, verfällt. Luxus macht sich neben Armut breit.
1279 Viele haben Arbeit und sind trotzdem zur Armut verurteilt. Außerhalb der Ballung, in den weiten
1280 ländlichen Räumen des Flächenstaates kommt es in einer großen Zahl von Landkreisen, ja sogar in
1281 ganzen Regierungsbezirken zum Rückgang an Arbeitsplätzen und zur Abwanderung besonders
1282 jüngerer Menschen. Dort wird es für die Gemeinden immer schwieriger, angemessene Einrichtungen
1283 für Erziehung, Bildung, Gesundheit, und das Leben im Alter zu unterhalten.

1284 Eine Politik, die im Freistaat mit Unterstützung vor allem aus der Münchner Politik auf die
1285 Entwicklung von „Greater Munich“ zur „Global City“ gesetzt hat, hat in eine Sackgasse geführt. Aus
1286 dieser gibt es nur einen Ausweg, wenn Politik und Wirtschaft von den Menschen zum Umdenken
1287 gezwungen werden. Dass dies möglich ist, hat der erfolgreiche Widerstand gegen den Ausbau des
1288 Landes zum Zentrum der Atomwirtschaft gezeigt. Weitsichtige Bürgerbewegungen haben bereits in
1289 den 1980-er-Jahren Staat und Wirtschaft bei der Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage
1290 Wackersdorf gestoppt. Über den Ausbau Münchens zum Welt-Finanzplatz haben die Märkte den
1291 Daumen gesenkt. Die Hypo-Alpe-Adria wurde für 1 Euro nach Österreich verkauft. Ein
1292 Bürgerentscheid verhinderte schon vorher den Hochhaus-Ausbau Münchens mit Türmen, die
1293 Anspruch auf Macht und Weltgeltung signalisieren. So ist auch der Ausbau des Flughafens zur
1294 globalen Drehscheibe überflüssig geworden. Dieser Plan scheiterte endgültig am Bürgerentscheid,
1295 nachdem bereits vorher das Transrapid-Projekt aufgegeben werden musste. Bayern wird nicht
1296 München, München wird keine Weltmetropole.

1297 **Ein anderes Bayern: Kooperativ und solidarisch**

1298 Bayerische Entwicklung scheitert, wenn sie auf Ballung in Zentren setzen. Sie kann gelingen, wenn sie
1299 Arbeits- und Lebensbedingungen im ländlichen Raum und in den Zentren zusammen denkt und plant.
1300 Statt Standortkonkurrenz muss eine kooperative Entwicklung gefördert werden.

1301 Die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung sind in ganz Bayern gut. Überall gibt es eine
1302 entwickelte Gewerbe- und Industriekultur und die dazugehörige Infrastruktur. Überall wissen die
1303 Bürgerinnen und Bürger die natürlichen Lebensbedingungen zu schätzen. Überall sind die Menschen
1304 an besten Bildungseinrichtungen für ihre Kinder und für das eigene, lebenslange Lernen interessiert.
1305 Die meisten Leute wollen in einer sozial und kulturell vielseitigen Umgebung leben. In so gut wie
1306 allen Religionsgemeinschaften gibt es Stimmen für Toleranz gegenüber anderen Bekenntnissen und
1307 Lebensstilen.

1308 Obwohl der kalte Krieg lange vorbei ist, sind die Landkreise im Norden und Osten hin zu Thüringen,
1309 Sachsen und der Tschechischen Republik Grenzgebiete geblieben. Obwohl Österreich, die Schweiz,
1310 Baden-Württemberg und Hessen nie durch einen „Eisernen Vorhang“ von Bayern getrennt waren,
1311 haben sich auch hier Grenzräume herausgebildet und fühlen sich viele Gemeinden und Kreise in
1312 einer Sackgasse. Eine Politik des „Mia san mia“ verstellt den Blick auf die Chancen, die sich aus einer
1313 intensiven Kooperation zwischen Stadt und Region, in den ländlichen Gebieten, mit den
1314 angrenzenden Nachbarstaaten Europas und den Nachbarländern in der Bundesrepublik ergeben.
1315 Bayern ist im Weltmaßstab eine bestenfalls mittelgroße Wirtschaftsregion, die ihre Stärke in der
1316 Zusammenarbeit mit nahen Nachbarn suchen und entwickeln muss. Eine Schlüsselrolle spielen dabei
1317 die Kommunikationswege, Internet, Medien und Verkehr.

1318 Beim Ausbau der Nachbarschaftsbeziehungen sind eine Beteiligung der Öffentlichkeit und
1319 Konsensverfahren unerlässlich.

1320 Im ersten Schritt soll die kommende Staatsregierung deshalb einen Bericht vorlegen, in dem der
1321 Stand sämtlicher grenzübergreifender Kooperationen und Planungen dargelegt wird (z.B.
1322 Alpenkonvention, Donaauraum). Benachbarte Bundesländer und europäische Nachbarstaaten werden
1323 eingeladen, ihre Erwartungen zu formulieren (.z.B. Bahnanschluss in die Schweiz, nach Italien, nach
1324 Tschechien).

1325 Zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zur Tschechischen Republik ist es erforderlich, dass
1326 die bayerische Staatspolitik mit Verweis auf die Rechtssicherheit in Europa ihren anmaßenden
1327 Anspruch als „Schirmherr der Sudetendeutschen“ aufgibt.

1328 **Nachhaltige Entwicklung braucht demokratische Verfahren**

1329 Eine nachhaltige Entwicklung in allen Regionen Bayerns ist das Ziel linker Strukturpolitik. Die
1330 regionalen Bedingungen sind entscheidend dafür, aus welchen Elementen eine solch nachhaltige
1331 Entwicklung bestehen kann.

1332 In all den Fragen der Regional- und Strukturplanung setzt die LINKE auf die demokratische
1333 Beteiligung der Öffentlichkeit. Gerade für Großprojekte wie Flughafenausbau, Autobahnbau oder
1334 auch eine Bewerbung um Olympische Spiele ist dies unerlässlich, überdimensionierte Projekte
1335 werden von den Bürgerinnen und Bürgern meist abgelehnt. Das Mitwirken Vieler und Einwände aller
1336 Art ist nötig und wichtig. Denn die Entwicklungsmöglichkeiten der Einzelnen müssen respektiert
1337 werden, wenn die Entwicklung Aller gut gehen soll. Vor Ort kann am besten erarbeitet werden,

1338 welche sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Mindeststandards gelten müssen, um
1339 z.B. den Verbleib im ländlichen Raum in allen Lebenslagen zu ermöglichen.

1340 **Bestandteile linker Struktur- und Regionalpolitik**

1341 Zahlreiche Aspekte linker Strukturpolitik finden sich in den anderen Abschnitten dieses
1342 Wahlprogramms: Sei es der sozial-ökologische Umbau zur Stützung regionaler Wirtschaftskreisläufe,
1343 wohnortnahe Bildungsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung, Erhalt und Weiterentwicklung
1344 industrieller Kerne, schnelles und bezahlbares Internet, Flächentarife, die gleichwertige
1345 Lebensstandards in ganz Bayern ermöglichen, und vieles mehr.

1346 **Finanzen:** Entscheidend ist eine bessere finanzielle Ausstattung von Städten und Gemeinden. Zur
1347 Umsetzung regional erarbeiteter Entwicklungskonzepte ist ausreichend „eigenes Geld“ erforderlich.
1348 Der Freistaat Bayern muss mehr Landesmittel für den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung
1349 stellen, damit die kommunale Selbstverwaltung auch in wirtschaftsschwächeren Regionen
1350 handlungsfähig bleibt. Sparkassen und regionale Genossenschaftsbanken als Instrument örtlicher
1351 Wirtschaftsförderung müssen erhalten bleiben.

1352 **Verkehr:** Eine gut funktionierende Politik hält Arbeit und Wohnen zusammen und dämpft so das
1353 Verkehrsaufkommen. Netzwerkartige Bahnverbindungen sind zentraler Bestandteil einer
1354 nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur. Eine Zentrierung aller Verkehrsachsen ist kein tragfähiges
1355 Konzept, wie das Beispiel des zweiten Stammstreckentunnels in München zeigt. Ein Verkehrsplan,
1356 der Möglichkeiten einer netzwerkartigen Verbindung der Siedlungsgebiete Bayerns darstellt, muss
1357 erarbeitet werden. Ein moderner, verlässlicher ÖPNV muss auch in dünn besiedelten Regionen
1358 angeboten werden, Mobilität muss bezahlbar bleiben.

1359 **Rüstungskonversion:** Die LINKE steht für die Entwicklung einer Gesellschaft, in der Krieg kein Mittel
1360 der Politik mehr ist. Deshalb bekämpfen wir jeden Export von Rüstungsgütern. Rüstungsproduktion
1361 und Export von Waffen sind jedoch nur zwei Seiten einer Medaille. Deshalb wollen wir weg von der
1362 Rüstungsproduktion, die gerade in Bayern noch sehr stark vertreten ist. Deshalb muss die
1363 Staatsregierung Konversionsprozesse einleiten und die Umstellung auf zukunftsfähige Arbeitsplätze
1364 unterstützen. Die Konversion freierwerdender Militärf Flächen sehen wir als Chance, vor Ort Konzepte
1365 eines sozial-ökologischen Umbaus zu erproben.

1366 **Dezentral:** Zur Stützung des ländlichen Raums und für eine solidarische Landespolitik ist es
1367 erforderlich, der überhitzten Entwicklung im Raum München entgegen zu wirken. Dies kann
1368 geschehen durch eine gezielte dezentrale Ansiedlung standortunabhängiger Behörden, aber auch
1369 von Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Zum Schutz örtlicher Kleinzentren gilt jedoch:
1370 Innenentwicklung und Umnutzung hat Priorität, eine weitere Zersiedelung muss verhindert werden.
1371 Für München fehlen Maßnahmen, die der Maximalverwertung von Grund und Boden entgegen
1372 wirken. Dazu gehört beispielsweise ein Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen.

1373 **Transparenz:** Planungsprozesse müssen demokratisch ablaufen. Dazu müssen bessere
1374 Mitwirkungsmöglichkeiten für eine breite Öffentlichkeit geschaffen werden. Kontinuierliche
1375 Berichterstattung und Veröffentlichung aktueller Planungen kann durch die digitalen Medien
1376 unterstützt werden.

1377 **Vielfalt:** Monostrukturen müssen verhindert bzw. abgebaut werden. Nur eine breite Mischung von
1378 Industrie, Wissenschaft, Dienstleistung, Forschung, Kultur, Bildung, Landwirtschaft und
1379 Landschaftspflege, Tourismus kann eine stabile Basis sein für eine nachhaltige und solidarische
1380 Entwicklung in Bayern.

1381

1382 **Für ein lebenswertes Bayern**

1383 Intakte Lebensgrundlagen sowie eine ökologische, nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen
1384 sind für Die LINKE in Bayern untrennbar mit der sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft verknüpft.
1385 Deshalb sind für uns Ökologie, Natur- und Umweltschutz Teil einer sozialen und solidarischen
1386 Gesellschaft. Darüber hinaus achtet die LINKE den Eigenwert der Natur. Denn Pflanzen und Tiere
1387 sowie Biotope oder Landschaften sind auch dann schutzbedürftig, wenn sie keinen erkennbaren
1388 Nutzen für die Menschen haben. Unsere Partei tritt zudem für einen konsequenten Tierschutz ein.

1389 Die wichtigste Bedrohung für die Umwelt weltweit ist der fortschreitende Klimawandel und die
1390 Zerstörung der natürlichen Lebensräume.

1391 Bayern, das sich selbst gern „mit Laptop und Lederhose“ sieht, ist Bundesland eines der größten
1392 Industriestaaten der Erde. Als solches muss es einen spürbaren Anteil für die Verantwortung für die
1393 Zukunft unseres Planeten übernehmen. Der ökologische Fußabdruck unserer wachstums- und
1394 profitorientierten Wirtschafts- und Konsumweise ist unakzeptabel hoch. Denn sowohl der Pro-Kopf-
1395 Ausstoß von Treibhausgasen, als auch der Verbrauch von Ressourcen liegt hierzulande um ein
1396 Vielfaches höher als in Entwicklungsländern. Für den Verbrauch von Rohstoffen und Energie muss
1397 gleichermaßen gelten: Vermeiden, Effizienz erhöhen, nicht erneuerbare durch erneuerbare
1398 Ressourcen ersetzen.

1399 Die LINKE wendet sich gegen Scheinlösungen und Hochrisikotechnologien, auf die die
1400 Staatsregierung setzt, wie die Atomwirtschaft, die Agrogentechnik oder die Abscheidung und
1401 unterirdische Verpressung von Kraftwerksemissionen. Ferner gilt es, die biologische Vielfalt zu
1402 bewahren, bzw. wenn möglich wieder herzustellen, und eine weitere Zerstörung der bayerischen
1403 Landschaften zu verhindern.

1404 Ein weiteres Problem sind die vielen frei verkäuflichen (Alltags-)Produkte mit Nano-Teilchen, deren
1405 Zahl sich ständig erhöht und deren Gefährdungspotential für Mensch und Umwelt noch nicht
1406 erforscht sind.

1407 Gerade wenn es um den Ausbau der Erneuerbaren Energien geht, melden sich aus den Reihen von
1408 CDU/CSU und FDP sogenannte Sachwalter des „Kleinen Mannes“ zu Wort, die davor warnen, dass die
1409 Energiewende für Geringverdiener zu teuer wird und deshalb nicht stattfinden darf. Das sind genau
1410 die Kräfte, die die Armut in Deutschland befördern durch Dumpinglöhne, prekäre
1411 Beschäftigungsverhältnisse und Sozialleistungen, die den Namen nicht verdienen. Die selbst
1412 produzierten Armen werden jetzt gegen die Erneuerbaren Energien ins Feld geführt. Ähnliches gilt
1413 auch für den Umwelt- und Gesundheitsschutz.

1414 Hieraus folgt, dass eine vernünftige Energie- und Umweltpolitik nur gelingen kann, wenn auch die
1415 übrige Politik darauf ausgerichtet ist, Armut zu bekämpfen. Eine deutlich gerechtere Verteilung von
1416 Vermögen, Einkommen und Arbeitszeiten ist ebenso ein zwingendes Element eines ökologischen
1417 Wirtschaftsmodells wie globale (Umwelt)Gerechtigkeit und die Demokratisierung von Wirtschaft und
1418 Gesellschaft.

1419 **Klima- und Energiepolitik**

1420 DIE LINKE unterstützt die weitere Förderung innovativer und klimaschonender Techniken zur
1421 Energiebereitstellung in Bayern. Im Unterschied zu anderen Parteien verbinden wir damit die
1422 Forderung, dass mit dem verstärkten Einsatz erneuerbaren Energien ein sozialer Fortschritt einher
1423 geht. Für die immer häufiger propagierte „green economy“ trifft das keinesfalls zu, denn sie blendet
1424 Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse völlig aus. „Grüner“ Agro- Sprit aus tropischen
1425 Palmölplantagen beispielsweise fördert Enteignungen von Bauern („Land Grabbing“) und
1426 Ausbeutung der Landbevölkerung.

1427 Wir lehnen die grundwasserverseuchende Förderung des oberflächennäheren und in Gesteinen
1428 gebundenen „Natur“- Erdgases („Fracking“) entschieden ab.

1429 Gegen die Wert- und Preislogik des grünen Kapitalismus setzt DIE LINKE auf den sozial-ökologischen
1430 Umbau (Transformation) aller Wirtschaftsbereiche. Wir unterstützen daher eine dezentrale
1431 Energiebereitstellung, an der VerbraucherInnen selbst beteiligt sind. Neben Kleinanlagen können
1432 dies auch größere genossenschaftlich verwaltete sein. Mit Windkraft, Solar- und Kraft-
1433 Wärmekopplungsanlagen schaffen wir so neue regionale Wertschöpfung und befreien uns aus der
1434 Feudalherrschaft der Energiekonzerne.

1435 DIE LINKE fordert ein gerechteres Preissystem für Energie. Die EEG- Umlage muss reformiert werden;
1436 viele Ausnahmetatbestände, die die Industrie von der Zahlung der Umlage zu Lasten der Verbraucher
1437 befreit, müssen entfallen. VerbraucherInnen, die Ihre Rechnung nicht bezahlen können, dürfen nicht
1438 vom Netz getrennt werden. Wir fordern kostengünstige Grundkontingente für sozial Schwache und
1439 die Einführung progressiver Tarife um den Energieverbrauch insgesamt zu reduzieren.

1440 Das Zwischenziel bis 2020 muss für die Bundesrepublik ohne Vorbedingungen minus 40 Prozent
1441 heißen. Dazu muss Bayern seinen Beitrag leisten.

1442 Überdies ist es erforderlich, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu ergreifen, der
1443 Bayern in besonderer Weise betrifft. In den bayerischen Alpen fiel die Erwärmung, wie im gesamten
1444 Alpenraum, doppelt so hoch aus, wie im globalen Durchschnitt. Bis Ende des Jahrhunderts wird es
1445 kaum noch Alpengletscher geben.

1446 In Bayern ist jetzt schon mit niederschlagsärmeren und heißeren Sommern und deutlich
1447 niederschlagsreicheren Wintern zu rechnen. Das Land muss sich auf ein Abtauen großer Bereiche des
1448 alpinen Dauerfrostbodens und auf Starkregenereignisse einstellen. Die Lebensräume vieler Arten
1449 werden sich verschieben.

1450 Die LINKE in Bayern unterstützt die „Energievision Bayern“ der Umweltverbände, nach der der
1451 Energieverbrauch im Freistaat bis 2030 halbiert werden soll.

1452 Die LINKE fordert den vollständigen Ausstieg aus der Atomkraft auch in Bayern bis Ende 2014.

1453 Nach dem Atomausstiegsplan der Bundesregierung werden nach Isar 1 erst 2015 Grafenrheinfeld mit
1454 1.275 MW folgen, in den Jahren 2017 und 2021 Gundremmingen B und C mit je 1.284 MW, sowie im
1455 Jahr 2020 Isar 2 mit 1.400 MW. Diese fünf Kraftwerksböcke zusammen produzieren bzw.
1456 produzierten mit ihren 6.420 MW zirka 44 Terrawattstunden (TWh) Strom im Jahr.

1457 Auch wenn die erneuerbaren Energien im Freistaat künftig deutlich schnell wachsen als bislang, wird
1458 in Bayern der Bau einiger flexibler Gaskraftwerke aus Ausgleich für wegfallende AKW-Kapazitäten
1459 unvermeidbar sein.

1460 Der beschleunigte Ausstieg aus der Atomenergie ist für Bayern eine große Chance. Das Land muss
1461 sich als Innovationsmotor für Energieeffizienz, regenerative Energien und moderne
1462 Energiemanagementsysteme profilieren. Ein Neubau von Kohlekraftwerken als Ersatzkapazitäten
1463 wäre dagegen ein Weg in die Vergangenheit und ein Schlag gegen den Klimaschutz. Die LINKE in
1464 Bayern lehnt ihn deshalb ab. Gleiches gilt für Beteiligungen von bayerischen Stadtwerken an
1465 Kohlekraftwerken in anderen Bundesländern.

1466 Dagegen können dezentrale Blockheizkraftwerke auf Gasbasis und Mini-KWK einen Beitrag zur
1467 Systemintegration der erneuerbaren Energien leisten, wenn viele von ihnen zusammengestaltet und
1468 stromgeführt (zentral) gesteuert werden. Sie können so einen Teil der schwankenden Einspeisung
1469 von Strom aus Wind und Sonne abfedern. Dafür müssen jedoch die Rahmenbedingungen stimmen.
1470 Dafür setzen wir uns ein.

1471 Die LINKE fordert die Rückführung des Übertragungsstromnetzes in die öffentliche Hand sowie die
1472 Re-Kommunalisierung der Erzeugungskapazitäten.

1473 Die LINKE wird im Landtag dafür eintreten, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Rückkauf von
1474 Stadtwerksanteilen von E.ON oder anderen EVUs befördern.

1475 Nur so kann Oligopol-Absprachen, Preismissbrauch und Strukturkonservatismus der überkommenen
1476 fossil-atomaren Energielobby wirksam entgegengetreten werden.

1477 So lassen sich am einfachsten innovative Strategien zur Energieeinsparung und zum Ausbau
1478 erneuerbarer Energien entwickeln und umsetzen. Wir unterstützen das Ziel des Bund Naturschutz,
1479 nach dem künftig mindestens 50 Prozent des in Bayern produzierten Stroms aus kommunalen und
1480 Bürgergesellschaften kommen soll.

1481 Erstes Ziel der Klima- und Energiepolitik in Bayern muss es sein, Energie in der Erzeugung und
1482 Anwendung durch intelligente Erzeugung, Verbrauchsvermeidung und steigende Energieeffizienz von
1483 Maschinen und Geräten einzusparen. Dies nützt nicht nur dem Klima. Es kann auch vor den seit
1484 Jahren steigenden Energiepreisen schützen. Wo Verbrauchsreduzierung nicht oder nur schwer
1485 möglich ist, dürfen die hohen Preise nicht zur Energiearmut führen.

1486 Die LINKE stemmt sich dagegen, ärmere Haushalte von einem angemessenen Wärme- und
1487 Stromverbrauch auszuschließen. Deshalb sind wir auch für ein Verbot von Stromabschaltungen.

1488 Der Staatsregierung bzw. dem bayerischem Parlament kommt dabei die Aufgabe zu:

- 1489 • **für Bayern nicht einen konstanten, sondern einen bis 2030 um mindestens 50 Prozent**
1490 **sinkenden Energieverbrauch als Ziel festzusetzen und dieses Ziel entsprechend zu**
1491 **verfolgen.**
- 1492 • **den Anteil der besonders effizienten Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zur gemeinsamen**
1493 **Produktion von Strom und Wärme dadurch zu erhöhen, dass sich die Staatsregierung zum**
1494 **einen im Bundesrat für eine progressive Ausgestaltung des KWK-Fördergesetzes einsetzt**
1495 **und zum andern den Ausbau von Nah- und Fernwärmenetze fördert.**
- 1496 • **darauf hinzuwirken, dass Gaskraftwerke nicht mehr ohne KWK gebaut werden dürfen.**
- 1497 • **durch finanzielle Anreize, Aufklärung, Information und Kennzeichnungspflichten die**

- 1498 **Anschaffung von stromsparenden Haushaltsgeräten in privaten Haushalten zu befördern.**
1499 • **sich über den Bundesrat für die Einführung eines Top-Runner-Programms einzusetzen, das**
1500 **den zulässigen Höchstverbrauch von Elektrogeräten auf Grundlage des**
1501 **Durchschnittsverbrauchs der besten 15 Prozent der vergleichbaren am Markt befindlichen**
1502 **Elektrogeräten gleitend für drei Jahre festschreibt.**
1503 • **eine Aktionspaket für die Industrie zu schnüren, welches den Ersatz alter Elektromotoren**
1504 **und Pumpen sowie die Einrichtung von Energieeffizienznetzwerken befördert.**
1505 • **der neu gegründeten Energie Agentur Bayern („Energie Innovativ“) beim Staatsministerium**
1506 **für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie so auszurichten, dass kommunale**
1507 **Energieagenturen u.a. darin unterstützt werden, Haushalten mit niedrigen Einkommen**
1508 **kostenfreie Energieberatungen anzubieten.**
1509 • **den Stromversorgern vorzuschreiben, Sozialtarife für Haushalte mit niedrigem Einkommen**
1510 **einzuführen.**
1511 • **bei der Beschaffung für die öffentliche Hand und bei öffentlichen Investitionen, besonders**
1512 **energiesparende Geräte und Bauweisen vorzuschreiben.**
1513

1514 Im Bundesdurchschnitt werden rund 40 Prozent der Treibhausgasemissionen im Gebäudebereich
1515 erzeugt, insbesondere bei der Raumheizung und Warmwasserbereitstellung. Darum muss die
1516 Wärmedämmung nicht nur bei Neubauten, sondern auch im Gebäudebestand deutlich verbessert
1517 werden.

1518 **Unsere Ziele sind**

- 1519 • **das längst über fällige Programm zur energetischen Gebäudesanierung aufzulegen. Bayern**
1520 **muss sich eigene Sanierungsziele für den Gebäudebestand setzen und dafür Fördermittel**
1521 **bereitzustellen bzw. in öffentlichen landeseigenen Gebäuden energetische Sanierungen**
1522 **selbst durchführen. Der Vollzug der geltenden Energieeinsparverordnung (EnEV) muss**
1523 **deutlich verbessert werden.**
1524 • **ein Austauschprogramm für ineffiziente Heizkessel ins Leben zu rufen, da auch hier**
1525 **besonders preiswerte CO2-Einsparpotentiale liegen.**
1526 • **ein Austauschprogramm für Nachtspeicheröfen aufzulegen, um diese besonders**
1527 **klimaschädliche Art der Wärmebereitstellung zu beenden.**
1528 • **den Bau von Niedrigenergie- und Passivhäusern zu fördern.**
1529 • **über den Bundesrat tätig zu werden, um das Mieterrecht dahingehend zu stärken, dass**
1530 **Miet- bzw. Nebenkostenabschläge möglich gemacht werden, sofern sich Hauseigentümer**
1531 **einer sinnvollen Wärmesanieung verweigern.**
1532 • **sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die geplante steuerliche Förderung der**
1533 **energetischen Gebäudesanierung so geregelt wird, dass Personen mit niedrigerem**
1534 **Einkommen nicht gegenüber von Personen mit höherem Einkommen benachteiligt**
1535 **werden.**
1536

1537 Energiegewinnung aus Biomasse ist nur sinnvoll, wenn nur Gülle und landwirtschaftliche Reststoffen
1538 zur Beschickung der Anlagen verwendet werden. Die LINKE wendet sich gegen die „Vermaisung“ der
1539 Landschaft zu Gunsten der Energieerzeugung.

1540 Sie wendet sich zudem dagegen, aus tropischen Ländern Agrokraftstoffe oder Palmöl zu importieren,
1541 weil diese großteils im Zusammenhang mit Raubbau an Tropenwäldern und Vertreibungen von
1542 indigenen Völkern und Kleinbauern produziert werden.

1543 Probleme gibt es bisher noch bei der Speicherung des Stroms aus erneuerbaren Energien.

1544 Pumpspeicherwerke können nur einen geringen Teil der künftig erforderlichen Speichervolumen

1545 übernehmen. Bayern sollte darum als „Innovationsland Nummer Eins in Deutschland“, wie es die
1546 Staatsregierung bezeichnet, führend bei der Entwicklung und Marktüberführung von „Power-to-
1547 Gas“-Systemen werden. Zeitweise überschüssiger Ökostrom könnte so Wasserstoff oder besser noch
1548 in Methan umgewandelt und ins Erdgasnetz eingespeist werden. Bei Windflauten und Dunkelheit
1549 könnte die Energie rückverstromt werden.

1550 **Für die Staatsregierung bzw. das Parlament in Bayern steht dabei die Aufgabe:**

- 1551 • **Initiativen zu ergreifen, die die Blockierung des Windenergieausbaus durch (angebliche)**
1552 **Anforderungen militärischer Einrichtungen (Radaranlagen etc.) beenden.**
- 1553 • **die Effizienzsteigerung und naturverträgliche Gestaltung der bestehenden großen**
1554 **Wasserkraftwerke mit genügend Restwassermengen, Fischwanderhilfen und Schutz von**
1555 **Gewässerorganismen vor der Turbinenpassage zu unterstützen und – entgegen den**
1556 **Planungen der Staatsregierung - aus Naturschutzgründen auf den weiteren Ausbau der**
1557 **kleinen Wasserkraftwerke zu verzichten. Die wenigen verbliebenen frei fließenden**
1558 **Gewässerstrecken sind zu erhalten.**
- 1559 • **die Anwendung der Tiefen-Geothermie zur Stromerzeugung in Bayern zu fördern, für die**
1560 **sich mit dem süddeutschen Molassebecken gute geologische Bedingungen bietet.**
- 1561 • **die angemessene Nutzung von Biomasse aus Abfällen insbesondere in dezentralen**
1562 **Anlagen, zur gemeinsamen Erzeugung von Strom und Wärme in stationären Anlagen zu**
1563 **unterstützen. Zugleich sollte sich die Staatsregierung auf europäischer Ebene und im**
1564 **Bundesrat dafür einsetzen, die Biokraftstoffziele aufzugeben. Importe aus Großplantagen**
1565 **sind auszuschließen, der Einsatz von Palmöl darf nicht mehr über das EEG gefördert**
1566 **werden.**
- 1567 • **den Ausbau insbesondere der Stromverteilnetze für die Mittelspannung (bis 20 KV sowie**
1568 **für Haushaltsstrom (bis 400 V) zu beschleunigen, um die Integration von Ökostrom aus**
1569 **dezentralen Erzeugungsanlagen zu ermöglichen.**

1570

1571 Um den schwierigen Umbau des fossil-atomaren auf ein nachhaltiges und versorgungssicheres
1572 Energiesystem voranzubringen sind neue Forschungsleistungen erforderlich.

1573 **Verkehr**

1574 Die Mobilität in Bayern ist auf einen Klimaschutzpfad zu bringen. Sie ist auf einen attraktiven,
1575 bezahlbaren und umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr, Fahrradfahren, Zufußgehen und
1576 Verkehrsvermeidung auszurichten, und nicht auf Verkehrswachstum, motorisierten Individualverkehr
1577 oder Prestigeprojekte, wie den Ausbau des Münchner Flughafens zum Drehkreuz.

1578 Die Mobilität aller Menschen in Bayern muss sichergestellt sein. Für Arme wie für Reiche, für
1579 Großstädte wie für ländliche Regionen, für Menschen mit und ohne Auto. Im Mittelpunkt linker
1580 Verkehrspolitik stehen die Menschen, nicht Autos oder Flugzeuge.

1581 Die maßgebliche Beeinflussung der Verkehrspolitik durch die Automobilkonzerne muss gerade in
1582 Bayern thematisiert werden. Die CSU-Landesregierung scheint eher Sachwalter der Interessen der
1583 Aktieninhaber der Automobilkonzerne zu sein als verantwortlich für die Zukunftsinteressen der
1584 Bevölkerung.

1585 Linke Verkehrspolitik setzt auf eine starke Gemeinwohlverantwortung des Staates. Die öffentliche
1586 Hand finanziert seit vielen Jahren die Verkehrsnetze und sichert durch Milliardenbeträge, dass
1587 Mobilität erst möglich wird. Diese Verantwortung und die bereits erbrachten Vorleistungen dürfen
1588 nicht privatisiert werden.

1589 Der Einsatz von Agrotreibstoffen ist keine Alternative zur Senkung des CO₂-Ausstosses. Anbauflächen
1590 von Energiepflanzen werden in den Entwicklungsländern auf Kosten von Regenwäldern und Mooren
1591 geschaffen. Anbau und Verarbeitung setzen neben CO₂ auch die Treibhausgase Methan und Lachgas
1592 frei. Agrotreibstoffe sind mitverantwortlich für Hunger, Armut und Artensterben.

1593 Auch die Binnenschifffahrt kann in Europa zu einer Verlagerung von Gütern weg von der Straße
1594 beitragen. Auf bestehenden Achsen wie beispielsweise dem Main ist Binnenschifffahrt als
1595 Erschließung von Industriezentren sinnvoll. Dies darf jedoch nicht bedeuten, dass aus lebendigen
1596 Flüssen betonierte Kanalbecken werden.

1597 DIE LINKE tritt in Bayern wie auf Bundesebene für eine grundlegende Überarbeitung des
1598 Bundesverkehrswegeplans ein. Soziale, raumordnerische und ökologische Belange sind mindestens
1599 gleichwertig zu betrachten. Modernisierung und Sanierung vorhandener Infrastruktur müssen vor
1600 Neubau Vorrang haben.

1601

1602 **DIE LINKE fordert beim öffentlichen Verkehr:**

- 1603 • keine weitere Privatisierung der Deutschen Bahn AG,
- 1604 • die vorhandene Schieneninfrastruktur zu modernisieren, auszubauen und zu erweitern; .
- 1605 dies gilt für Fernverkehrsverbindungen sowie die verkehrstechnische Erschließung und
- 1606 Einbindung aller bayerischen Regionen,
- 1607 • den Ausbau der Regionalnetze der Bahn,
- 1608 • die Reaktivierung stillgelegter Strecken,
- 1609 • Den Aufbau von Regio-Tramnetzen und Stadtumlandbahnen insbesondere in Regionen und
- 1610 Städten wie Erlangen, Würzburg, Regensburg oder Passau,
- 1611 • den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs auch im ländlichen
- 1612 Raum,
- 1613 • die Schaffung von Rufbussen und Anrufsammeltaxis, die in Gebieten mit einem geringem
- 1614 Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln die Versorgung sicherstellen,
- 1615 • eine bessere Verknüpfung aller Verkehrsträger untereinander,
- 1616 • kostenlose Schulwegbeförderung,
- 1617 • verbindliche Fahrgastrechte für ganz Bayern. Bei den derzeitigen freiwilligen
- 1618 Vereinbarungen haben die Fahrgäste nur in fünf Prozent der Fälle überhaupt einen
- 1619 Anspruch.
- 1620 • bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel, für sozial Schwächere soll ein landesweites
- 1621 Sozialticket eingeführt werden.

1622

1623 **Beim Flugverkehr:**

- 1624 • keine dritte Startbahn beim Flughafen München. Die vorhandene Infrastruktur ist für
- 1625 bayerische Verhältnisse mehr als ausreichend – viele Umsteigerverkehre sind schlicht
- 1626 unsinnig oder unnötig. Der Flughafen München muss und darf nicht zum fünften globalen
- 1627 Drehkreuz in Mitteleuropa mutieren,
- 1628 • keine Erweiterung des Nürnberger Flughafens und kein weiterer Ausbau von
- 1629 Regionalflugplätzen. Gerade auf Kurzstrecken gibt es durch andere Verkehrsträger bessere
- 1630 Alternativen,
- 1631 • die Kerosinzuschüsse für den Münchner Flughafen umgehend abzuschaffen,
- 1632 • Kerosin zu besteuern,
- 1633 • Mehrwertsteuer auch auf internationale Flugtickets,

1634

1635 **Beim Straßenverkehr:**

- 1636 • kein weiterer Neubau von Autobahnen und Fernverkehrsstraßen,

- 1637 • **Straßenneu- und ausbauen, wie z.B. Ortsumfahrungen, sollen nur dann realisiert werden,**
- 1638 **wenn durch diese Maßnahme eine erhebliche Entlastung erreicht und dem Naturschutz**
- 1639 **Rechnung getragen wird,**
- 1640 • **die Förderung Kraftstoff sparender Fahrzeuge,**
- 1641 • **Keine Beimischungsquote für Agrotreibstoffe,**
- 1642 • **ein Tempolimit auf allen bayerischen Autobahnen,**
- 1643 • **eine Änderung der Stadtentwicklungspolitik, um unnötigen Verkehr möglichst zu**
- 1644 **vermeiden,**
- 1645 • **die Förderung der gemeinschaftlichen Nutzung von Autos, wie Carsharing oder**
- 1646 **Pendlernetze.**

1647

Beim Güterverkehr:

- 1649 • **Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Stärkere Finanzierung des**
- 1650 **Gleisanschlussprogramms. Neue Gewerbe- und Industriegebiete dürfen nur noch in der**
- 1651 **Nähe von Bahnstrecken entstehen bzw. müssen durch die Schiene erschlossen werden.**
- 1652 • **„Monster-Trucks“ (extralange und extraschwere LKW) auf Bayerns Straßen nicht zuzulassen.**

1653

Bei der Binnenschifffahrt:

- 1655 • **die Anpassung der Schifffahrt an die natürlichen Gegebenheiten,**
- 1656 • **den schonenden Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen ohne Kanalisierung**
- 1657 **und Staustufen.**

1658

1659 Natur und Landschaften schützen

1660 Bayern hat eine vielgestaltige, in einigen Regionen auch einzigartige Naturlandschaft. Sie reicht vom
 1661 Frankenwald über die bayerischen Seen bis hin zu den Alpen. Die übergroße Mehrheit der Menschen
 1662 in Bayern ist mit diesen Regionen tief verbunden. Dennoch ist sie bedroht. Zunehmende
 1663 Flächenversiegelung, Intensivlandwirtschaft, Schadstoffeinträge der Industrie, Zerschneidung von
 1664 Naturräumen, Verkehrsemissionen und Lärm sowie teilweise auch touristische Übernutzungen
 1665 schädigen Landschaften und Biotope. Zunehmend setzt auch der Klimawandel den heimischen Arten
 1666 zu.

1667 Die völlig unregelmäßige Freisetzung von Nanopartikeln in die Umwelt ist eine Gefahr für die Umwelt
 1668 und die Gesundheit von Mensch und Tier. Die am häufigsten verwendeten Materialien
 1669 (Siliziumdioxid, Titandioxid, Zinkoxid, Silber, Kohlenstoff) sind in makroskopischer Form nicht toxisch,
 1670 aber als Nanopartikel haben sie oft veränderte chemische und physikalische Eigenschaften und damit
 1671 auch einen anderen Einfluss auf Umwelt und Gesundheit. Zum Beispiel hat sich das antibakteriell
 1672 wirkende Nano-Silber als schädlich für nützliche Wasser-Bakterien herausgestellt, Nano-Titandioxid
 1673 verursacht im Tierversuch Lungenkrebs und beim Nachwuchs Schäden des Hirns und des
 1674 Nervensystems Über die Umweltgefährdungen, die von den Nanotechnologien ausgehen, ist bisher
 1675 wenig bekannt.

1676 Die Anzahl der unzerschnittenen verkehrsarmen Landschaftsräume in Bayern ist seit 1975 auf etwa
 1677 die Hälfte zurückgegangen. Auch hat das Spektrum unterschiedlicher Lebensräume abgenommen.
 1678 Damit zusammenhängend ist ein deutlicher Rückgang der Artenvielfalt zu verzeichnen. Insbesondere
 1679 sind Arten der Offenlandschaften, wie Feld- und Wiesenbrüter betroffen.

1680 Pro Tag wird in Bayern die Fläche von vergleichsweise 20 Fußballfeldern der Natur entrissen und für
 1681 immer versiegelt. 1/9-tel der Gesamtfläche Bayern ist bereits zugebaut. Dies war verursacht durch

1682 eine exzessive Wirtschafts- und Immobilienpolitik der CSU. Dieser Entwicklung muss unverzüglich
1683 Einhalt geboten, bzw. durch Rückbau umgekehrt werden, damit es auch in Zukunft für nachfolgende
1684 Generationen genügend Flächen für den Naturschutz und für eine nachhaltige Landwirtschaft zu
1685 Verfügung stehen.

1686 **Die bayerische Staatsregierung bzw. das Landesparlament sind aufgefordert:**

- 1687 • **den Anteil von Schutzgebieten an der Landesfläche von gegenwärtig 13,5 Prozent auf**
1688 **mindestens 20 Prozent zu erhöhen.**
- 1689 • **innerhalb der Schutzgebiete auch Rückzugsräume für die Natur zu schaffen, in denen sie**
1690 **sich weitgehend ohne Einfluss des Menschen entwickeln kann (u.a. durch Ausweisung des**
1691 **Nationalparks Steigerwald).**
- 1692 • **den Anteil von Naturschutzgebieten von gegenwärtig 3,5 Prozent nach naturfachlichen**
1693 **Kriterien deutlich auszuweiten.**
- 1694 • **die bestehenden und neu zu schaffenden Schutzgebiete großräumig miteinander zu**
1695 **vernetzen, um Tieren und Pflanzen die Möglichkeit zu geben, zu wandern, sich zu paaren**
1696 **bzw. sich genetisch auszutauschen. Dies wäre gleichzeitig ein Beitrag zur Anpassung an den**
1697 **Klimawandel. Denn die erwartete Verschiebung der Vegetationsgrenzen um hunderte**
1698 **Kilometer in Richtung der Pole sowie die Verschiebung der Dauerfrostgrenze um mehrere**
1699 **hundert Meter nach oben wird für viele Arten Wanderungen in neue Lebensräume**
1700 **erzwingen. Schutzgebietsbrücken sind dafür unerlässlich.**
- 1701 • **eine „Flächen-Versiegelungsabgabe“ einzuführen, um den zusätzlichen Flächenverbrauch**
1702 **für Verkehrs- und Siedlungsflächen in Höhe von gegenwärtig rund 20 Hektar am Tag zu**
1703 **stoppen, sowie Entsiegelungen an nicht mehr benötigten Flächen vorzuschreiben bzw.**
1704 **attraktiv zu machen.**
- 1705 • **die Einhaltung der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft und der**
1706 **Düngemittelverordnung besser zu überwachen und den ökologischen Landbau als**
1707 **besonders naturschonende Variante der Landwirtschaft stärker zu fördern.**
- 1708 • **die bestehenden Arten- und Biotopschutzprogramme stärker an den sich vollziehenden**
1709 **Klimawandel auszurichten sowie Programme aufzulegen, die den Schutz vor Bergrutschen**
1710 **infolge des Auftauens des Permafrostbodens in den hochalpinen Gebieten zum Inhalt**
1711 **haben.**
- 1712 • **im Bundesrat einen Gesetzentwurf einzubringen mit dem Ziel, dass der Einsatz**
1713 **synthetischer Nanomaterialien in umweltoffenen und verbrauchernahen Anwendungen**
1714 **solange gestoppt wird, bis wirksame nanospezifische Regelungen in Kraft sind, die**
1715 **mögliche Risiken für Menschen und Umwelt ausschließen, sowie eine**
1716 **Kennzeichnungspflicht für Nanomaterialien in Produkten enthalten.**

1717

1718 **Flüsse**

1719 Die Flüsse haben in der Vergangenheit an Wasserstraßenprojekten und wasserbaulichen
1720 Maßnahmen gelitten. Nur 12,5 Prozent der natürlichen Gewässer Bayerns sind unverbaut oder
1721 gering verbaut.

1722 Der neueste Angriff der Betonfraktion in Bayern gilt der Donau. In tollkühner Selbstherrlichkeit hat
1723 die niederbayerische Bezirksregierung einen Bundestagsbeschluss von 2002 ignoriert, den
1724 Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen möglichst umweltschonend ohne Staustufen
1725 vorzunehmen.

1726 Mit Unterstützung der Staatsregierung und CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten treibt sie uralte
1727 Pläne voran, den Abschnitt mit einer Staustufe und einem Durchstich bei der Mühlhamer

1728 Donauschleife auszubauen. Wird dieses Vorhaben verwirklicht, bliebe eine einzigartige
1729 Auenlandschaft, die heute noch eines der letzten Rückzuggebiete für bedrohte Tier- und
1730 Pflanzenarten ist, zugunsten einer Donauautobahn für den Schwerlastverkehr auf der Strecke. Trotz
1731 neuerer Einsichten bei der CSU besteht diese Gefahr immer noch.

1732 4.250 Wasserkraftanlagen finden sich an Bayerns Fließgewässern. Den wesentlichen Anteil der
1733 Stromerzeugung mit 92% leisten allerdings nur 219 Anlagen, die sich vor allem an den alpinen
1734 Flüssen Isar, Inn, Lech und Iller befinden. Über 4.000 Kleinwasserkraftanlagen mit einer Leistung
1735 unter 1.000 kW erbringen insgesamt nur 8% der Leistung. Sie leisten damit nur einen sehr geringen
1736 Beitrag zum Klimaschutz, hindern aber Fische an der Wanderung und zerstören massiv
1737 Fließgewässerlebensräume.

1738 **Die Linke fordert daher:**

- 1739 • **an dem beschlossenen, falls überhaupt nötigen, umweltschonenden Donauausbau nicht zu**
- 1740 **rütteln.**
- 1741 • **den Neubau von Wasserkraftwerken in unseren Flüssen zu stoppen,**
- 1742 • **die naturverträgliche Gestaltung der bestehenden Wasserkraftwerke mit genügend**
- 1743 **Restwassermengen, Fischwanderhilfen und Schutz von Gewässerorganismen vor der**
- 1744 **Turbinenpassage**
- 1745 • **Die wenigen verbliebenen frei fließenden Gewässerstrecken sind zu erhalten.**
- 1746

1747 Klimawandel und fortschreitende Bodenversiegelung sind die Hauptursachen für immer
1748 verheerendere Hochwasserereignisse entlang der bayerischen Flüsse. Der bisher als
1749 Gegenmaßnahme praktizierte Deichbau ist keine Lösung sondern verschärft das Problem.
1750 Ökonomisch wie ökologisch sinnvoll wäre es vielmehr, einfach die gültige Rechtslage anzuwenden
1751 (WHG § 32; ROG § 2; Europäische Wasserrahmenrichtlinie), nämlich die natürliche Dynamik in neu
1752 auszuweisenden Überschwemmungsräumen zu ermöglichen und Querbauwerke nach Möglichkeit zu
1753 vermeiden.

1754 **DIE LINKE will**

- 1755 • **keine neuen Staustufen in Flüssen**
- 1756 • **keine Baumaßnahmen auf Hochwasser gefährdeten Flächen und angrenzend keine**
- 1757 **Versiegelung zulassen**
- 1758 • **Rückverlegung von Deichen und Anlage von Poldern**
- 1759 • **Bewirtschaftungsformen fördern, die Bodenverdichtung, bewuchsfreie Perioden und**
- 1760 **Oberflächenabfluß minimieren- das sind besonders Verzicht auf schwere Maschinen und**
- 1761 **Mais in der Fruchtfolge, sowie Bevorzugung von Wiese und Wald**
- 1762 • **Renaturierung von Flußläufen.**
- 1763 • **Durchgängigkeit der Gewässer für wandernde Fischarten sicherstellen**
- 1764

1765 Ökologischen Hochwasserschutz verbinden wir mit allgemeinem Gewässerschutz, der die Bewahrung
1766 immer seltener werdender Lebensräume mit guter Wasserqualität bedeutet. Natürliche
1767 Hochwasserereignisse entfernen lokal und zeitweise das Sediment und lagern es an anderer Stelle
1768 ab. Selten gewordene Tier- und Pflanzenarten können in diesen vielfältigen Lebensräumen
1769 überleben.

1770 Eine neue Gefahr für die Wasserqualität besteht unterhalb von Biogasanlagen. Wir fordern daher
1771 Maßnahmen zur Vermeidung von Nährstoffeinträgen aus Biogasanlagen in Oberflächengewässer.

1772 **Für einen ökologisch orientierten Landbau**

1773

1774 Die bisherige Landwirtschaftspolitik stört unser Umweltgleichgewicht. Ein ökologisch orientierter
1775 Landbau trägt hingegen zum Gewässerschutz bei, erzeugt weniger Treibhausgase und ist in der Lage,
1776 diese zu binden, erhält die Artenvielfalt und bewahrt die kleinteilige, reich strukturierte
1777 Kulturlandschaft.

1778 DIE LINKE setzt sich für eine soziale und ökologische, also nachhaltige Landwirtschaft ein, die
1779 regionale Wertschöpfung befördert, existenzsichernde Arbeitsplätze schafft und im Sinne einer
1780 gerechteren Welthandelsordnung agiert. Dazu gehören auch existenzsichernde Erzeugerpreise.

1781 Die Nachfrage nach gering belasteten, ökologisch erzeugten Lebensmitteln steigt. Der Bedarf wird nur
1782 zu einem geringen Teil durch die inländische Landwirtschaft gedeckt.

1783 **Zwei Entwicklungsperspektiven für die bayerische Land- und Forstwirtschaft wollen wir besonders**
1784 **fördern:**

- 1785 • **den Umbau der Förderung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe hin zu**
- 1786 **umweltverträglicheren Produktionsformen,**
- 1787 • **die Stärkung und den Ausbau der landschaftspflegerischen Aktivitäten nach den örtlichen**
- 1788 **Gegebenheiten, z.B. Almwirtschaft, grüne Fluss-Auen, Bannwald.**

1789

1790 **Bayerns Äcker ohne Gentechnik, keine Patente auf Leben**

1791

1792 Gentechnik in der Landwirtschaft ist nutzlos und riskant. Die so genannte Agro-Gentechnik stiftet
1793 Unfrieden in den Dörfern. Sie gefährdet die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei. Sie bringt
1794 Bäuerinnen und Bauern in immer stärkere Abhängigkeit von transnationalen Agrochemie-Konzernen
1795 wie Monsanto, Bayer oder BASF. Diese haben nur ihre Profitmaximierung aber nicht die Interessen
1796 der Landwirtschaft im Kopf. Gentechnisch veränderte Pflanzen können sich unkontrolliert ausbreiten,
1797 sei es auf andere Äcker oder auch in die Natur. Die Trennung von gentechnisch veränderten und
1798 normalen Pflanzen ist in der Praxis kaum möglich. Dafür gibt es unzählige Beispiele internationaler
1799 Skandale.

1800 Im Freistaat Bayern findet die Agro-Gentechnik bisher wenige Freunde. Seit Jahren gibt es
1801 Freisetzungversuche, die mit Steuermitteln finanziert werden. Landwirtschaftsbetriebe haben sich
1802 bisher aber bis auf wenige Ausnahmen in den Landkreisen Kitzingen und Würzburg noch gar nicht
1803 überzeugen lassen auf ihren Äckern Genmais auszusäen. Und das soll auch so bleiben!

1804 Die LINKE in Bayern lehnt die Agro-Gentechnik ab. Wir brauchen weder Genmais auf unseren Äckern,
1805 noch Gensoja in den Futtertrögen unserer Milchkühe. Wir unterstützen basisdemokratische Proteste
1806 und die Einrichtung von gentechnikfreien Regionen oder Kommunen. Wir fordern: Keine Steuermittel
1807 für riskante Freisetzungversuche. Kein Anbau von Genmais und anderen gentechnisch veränderten
1808 Organismen auf bayrischen Staatsgütern.

1809 Stattdessen muss die konventionelle und die ökologische Forschung gestärkt werden. Wir brauchen
1810 regionale Lösungen und nicht internationale Laborpflanzen, die nur zur Profitmaximierung weniger
1811 Konzerne dienen.

1812 Immer öfter kommt es vor, dass Biotech-Firmen, wie z. B. Monsanto, auch Patente auf konventionell
1813 gezüchtete Pflanzensorten und Nutztiere beantragen. Dann kann es dazu kommen, dass diese Firmen
1814 Anspruch auf die entsprechenden Pflanzen oder Tiere bei den Bauern anmelden und Lizenzgebühren
1815 verlangen. Wir fordern die bayerische Staatsregierung auf, alle Mittel einzusetzen, um bäuerliche
1816 Betriebe vor diesen Ansprüchen zu schützen. Patente auf Leben darf es nicht geben.

1817 **Wenn die Biene stirbt, stirbt auch der Mensch**

1818 Der Einsatz von Gentechnik und die intensive Landwirtschaft (Monokulturen) schaden den Bienen
1819 und anderen Insekten. Besonders hinterfragt, bzw. verboten werden, müssen die
1820 Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen, z.B. bei Mais-Saat durch Beizung mit neonicotinoidhaltigen
1821 Beizmitteln, die sowohl zum Bienensterben als auch zum Aussterben von Bodenbakterien, und damit
1822 zur Bodenerosion beitragen.

1823 Die Zahl der Insekten einschließlich der Bienen nimmt weltweit ab. Dadurch sinkt der Ertrag wegen
1824 mangelnder Bestäubung. Die erforderlichen Gegenmaßnahmen haben schon zu einer Verteuerung
1825 der Agrarprodukte, besonders in den USA, geführt.

1826 Eine Bekämpfung des Maiswurzelbohrers ist auch ohne Pestizide möglich. Wenn Mais nicht immer
1827 wieder auf derselben Fläche sondern im Wechsel mit zwei anderen Kulturen angebaut wird besteht
1828 keine Gefahr der Massenvermehrung des Schädling mehr. Dass ein Verzicht auf bienengefährdende
1829 Beizmittel die Landwirtschaft nicht schädigt, zeigt die landwirtschaftliche Praxis in Frankreich.

1830 Wir unterstützen alle Maßnahmen, die den Pestizid- und Herbizideinsatz eindämmen und die
1831 Möglichkeit geben, weg vom einseitigen Anbau von Getreide, Mais und Raps wieder hin zur
1832 Gestaltung von Fruchtfolgen, die der Gesunderhaltung von Böden, Pflanzen, Tieren und Menschen
1833 dient.

1834 Um das Überleben der Imkerei in Deutschland zu sichern kämpfen wir für die berechtigten
1835 Forderungen der Imker, also mindestens für eine Bestäubungsprämie und für die Aufhebung des
1836 Sonntagsfahrverbotes für die zahlreichen Freizeitimker. Als Vorreiter für diese Forderung sind die
1837 Länder Spanien, Portugal, Frankreich, Italien und die USA zu nennen. Die Steigerung des Ertrages
1838 wird bei der Mandelblüte um das 70 fache angegeben. Die Imker erhalten dafür eine Vergütung von
1839 150 bis 200 Dollar pro Volk.

1840 **Abfallwirtschaft**

1841 Die Menge der Abfälle in Bayern aus Haushalten und haushaltsähnlichen Abfällen hat sich sein 1990
1842 kaum verändert. Sie liegt bei jährlich 511 kg je Einwohner. Abfallvermeidungsstrategien, so es sie
1843 gab, haben also offensichtlich nicht gegriffen.

1844 Die Verwertung dieser Abfälle liegt zwar mit 71,9 Prozent rechnerisch auf einem hohen Niveau. Sie
1845 besteht zumindest bei den Restabfällen fast ausschließlich in der Verbrennung, der so genannten
1846 energetischen Verwertung - Bayerns Abfallpolitik ist von Pyromanen gestrickt.

1847 Im Gegensatz zu beispielsweise Niedersachsen oder den neuen Bundesländern hatten in Bayern
1848 biologisch-mechanische Abfallbehandlungsanlagen (MBA) bislang keine Chance. Dabei sind sie für die
1849 Bürgerinnen und Bürger preiswerter und lassen sich im Gegensatz zu Müllverbrennungsanlagen
1850 dezentral in kleineren Anlagen betreiben. Das vermindert Transportwege. Zudem liefern die MBA

1851 nach der Verrottung oder Vergärung der Abfälle rund zu zwei Dritteln ein bodenähnliches Substrat
1852 und zu einem Drittel heizwertreiche Stoffe, die zur Energiegewinnung genutzt werden kann.

1853 Seit einigen Jahren sind bundesweit zahlreiche so genannte Ersatzbrennstoffkraftwerke (EBS-
1854 Kraftwerken) in Planung. Hier wird durch Abfallverbrennung Strom und Dampf für Industriebetriebe
1855 produziert. Für größere Firmen eröffnen sie die Möglichkeit, preiswert Strom für den Eigenverbrauch
1856 zu produzieren und darüber hinaus an den gegenwärtig hohen Preisen am Entsorgungsmarkt zu
1857 profitieren. Zudem unterliegen diese Kraftwerke nicht dem Emissionshandel.

1858 Zahlreiche Bürgerinitiativen kämpfen gegen EBS-Kraftwerke. Sie befürchten aufgrund der oft
1859 gewaltige Dimensionen der Anlagen zu Recht Mülltourismus. Darüber hinaus rechnen sie damit, dass
1860 die zulässigen Immissionsgrenzwerte voll ausgeschöpft werden, weil jeder zusätzliche Filter den
1861 Wirkungsgrad der Anlage mildert, was das Umweltbundesamt bestätigt. Zudem besteht die Gefahr,
1862 dass Wertstoffe, die eigentlich recycelt werden könnten, bei steigenden Energiepreisen künftig in
1863 Kraftwerken landen. Dies wäre ein Bärendienst an der Kreislaufwirtschaft.

1864 Die Mehrwegquote bei Getränkeverpackungen ist bundesweit dramatisch gesunken. Bei
1865 alkoholfreien Getränken von rund 70 Prozent in den siebziger Jahren auf nur bei 23 Prozent im Jahr
1866 2010. Die Hoffnungen, die mit der Einführung des Pflichtpfands verbunden wurden, haben sich also
1867 offensichtlich nicht erfüllt, weil die Wirtschaft auf Einweg ausgewichen ist. Das schadet nicht nur der
1868 Umwelt, sondern kostet auch jede Menge Arbeitsplätze in der Getränkewirtschaft.

1869 **Die bayerische Staatsregierung bzw. das Landesparlament sind aufgefordert:**

- 1870 • ein Programm aufzulegen, welches die Einführung von biologisch/mechanischen
1871 Abfallbehandlungsanlagen in Bayern fördert.
- 1872 • den Müllimport aus dem Ausland entsprechend den Möglichkeiten des
1873 Abfallverbringungsgesetzes zu verbieten.
- 1874 • im Bundesrat ein Gesetzentwurf einzubringen welche eine Planrechtfertigung für alle
1875 Abfallanlagen, wie klassischen Müllverbrennungsanlagen, MBA oder EBS, vorschreibt, ob
1876 diese entsprechend des Grundsatzes der ortsnahen Entsorgung überwiegend aus Abfällen
1877 der Region beliefert werden können.
- 1878 • im Bundesrat auf die Einführung einer Abgabe auf Einweg- Getränkeverpackungen
1879 hinzuarbeiten, um den Mehrweganteil anzuheben.
- 1880 • auf ein völliges Verbot von Plastik-Einkaufstüten zu drängen

1881

1882 **Wasser und Abwasser**

1883 Die Bayern haben in den vergangenen Jahren Wasser gespart. Der Wasserverbrauch im Freistaat ist
1884 gesunken. Die Qualität des Trinkwassers ist dank eines flächendeckenden Trinkwasserschutzes
1885 überwiegend von sehr guter Qualität.

1886 Das System kleinteiliger Wasserversorgung durch eine Vielzahl von Wasserbetrieben, die sich
1887 überwiegend in kommunaler Hand befinden, hat sich bewährt.

1888 DIE LINKE wendet sich gegen Privatisierungen bei der Wasserwirtschaft. Zudem setzt sich die LINKE
1889 für einen Kampf gegen Korruption bei der Vergabe von Bauaufträgen beim Bau von Kläranlagen,
1890 Leitungsnetzen und anderen öffentlichen Vorhaben ein.

1891

1892 **Bayerns Wälder: Kulturgüter, Naherholungsgebiete und Wirtschaftsfaktoren**

1893 Für den Schutz von Wasser, Luft und Boden haben die bayerischen Wälder eine herausragende
1894 Bedeutung. Durch Monokulturen und die ausschließlich gewinnorientierte Bewirtschaftung ist ihr
1895 Zustand besorgniserregend.

1896 DIE LINKE tritt für eine nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung der bayerischen Wälder ein.

1897 Die bayrischen Wälder dienen vorrangig dem Gemeinwohl und der Daseinsvorsorge und erst danach
1898 der Holznutzung und Erwerbsfunktion.

1899 Ziel linker Politik ist die Erhaltung einer flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft sowie auch die
1900 Gewinnung von Einkommensalternativen für die Land- und Forstwirte. Die landwirtschaftliche
1901 Produktion hat sich an den lokalen Standortbedingungen und den Bedürfnissen der Menschen zu
1902 orientieren.

1903 **DIE LINKE fordert:**

- 1904 • **die Privatisierungen von Staats- und Kommunalwäldern abzulehnen und den Rückkauf**
- 1905 **privatisierter Wälder zu betreiben,**
- 1906 • **das Waldgesetz für Bayern muss weiterentwickelt und überarbeitet werden. Vorrang von**
- 1907 **naturschutzrelevanten Zielen vor ökonomischer Nutzung, Rücknahme von Privatisierungen**
- 1908 **bei der Waldnutzung, Verbot von großflächigen Kahlschlägen, Verbot des Pestizideinsatzes**
- 1909 **usw.**
- 1910 • **Befreiung der Waldbesitzer, auch der staatlichen Waldbesitzer, von der Verkehrssicherung**
- 1911 **in den Wäldern, um alte Bäume, die meist eine Gefahr darstellen, zu schützen, die sonst für**
- 1912 **die kommenden Generationen nicht mehr vorhanden wären.**
- 1913 • **keine Privilegierung der Jagd, keine willkürliche Tötung von Haustieren im Wald – Vorrang**
- 1914 **des Naturschutzes**
- 1915 • **verstärkte Ausweisung von Naturschutzgebieten und Förderung von Naturschutz- und**
- 1916 **Landschaftspflegemaßnahmen,**
- 1917 • **der Schutz der Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten in den Wäldern hat Vorrang vor**
- 1918 **der Holznutzung**
- 1919 • **Die Förderung der Land- und Forstwirtschaft als "Motor für die Entwicklung ländlicher**
- 1920 **Räume" und des Tourismus.**

1921

1922 **Tierschutz: Ein Gebot der Menschlichkeit**

1923 DIE LINKE setzt sich für eine artgerechte Tierhaltung ein. Nutztiere müssen ihr angeborenes
1924 Verhaltensrepertoire ausleben können.

1925 DIE LINKE fordert die Förderung von Forschung und den Einsatz von Methoden, die Tierversuche
1926 ersetzen Wir setzen uns für ein Verbandsklagerecht von Tierschutzorganisationen ein. Bisher können
1927 nur Tierhalter oder Tiernutzer, wie z. B. Experimentatoren, gegen Tierschutzaufgaben klagen. Das
1928 heißt, es kann nur klagen, wer weniger Tierschutz durchsetzen will. Mit einem Verbandsklagerecht
1929 könnte die Einhaltung geltender Tierschutzbestimmungen gerichtlich geprüft und durchgesetzt
1930 werden.

1931 Wild lebende Tiere sind eine Bereicherung für Bayern. Die Wiederansiedlung ausgerotteter Tierarten
1932 ist möglich und sinnvoll. DIE LINKE fordert ein vorausschauendes Wildtiermanagement, mit dem die
1933 Bedürfnisse von Mensch und Tier ausbalanciert werden.

- 1934 **DIE LINKE fordert:**
- 1935 • eine artgerechte Tierhaltung durch Ausbau der Ställe, ausreichenden Platz sowie genügend
 - 1936 **Bewegungsmöglichkeiten – Anbindehaltung für Milchkühe, Spaltenböden für Schweine und**
 - 1937 **Käfighaltung von Geflügel sind damit nicht vereinbar,**
 - 1938 • endlich tierschutzgerechte Rahmenbedingungen für Zucht, Haltung und Mast von
 - 1939 **Kaninchen**
 - 1940 • ein Verbot von Akkordarbeit und Dumpinglöhnen in Schlachthöfen,
 - 1941 • keine betäubungslose Kastration von männlichen Ferkeln mehr,
 - 1942 • Schlachttiertransporte, die nicht selten durch ganz Europa und darüber hinaus gehen, zu
 - 1943 **stoppen und Tiere grundsätzlich am nächstgelegenen Schlachthof zu schlachten,**
 - 1944 • das Verbot von Tierversuchen für Inhaltsstoffe von Kosmetika und für die Tabakindustrie,
 - 1945 **und für Stoffe, die bereits bewährt und getestet sind**
 - 1946 • Kennzeichnungspflicht auch für Flüssigei- und Eiprodukte bezüglich ihrer Herkunft,
 - 1947 • das Verbot der Einfuhr und des Handels von Wildtieren aus aller Welt – nicht nur für in der
 - 1948 **EU gefangene Wildvögel.**
 - 1949 • Verbot der Haltung von Wildtieren im Zirkus.
 - 1950 • ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen
 - 1951 • das Verbot, einzelne Hunde auf unbewohnten Grundstücken zu halten
 - 1952 • Verbot des Schenkelbrandes bei Pferden,
 - 1953 • klare Regelungen zum Verbot von Qualzuchten ,
 - 1954 • eine rechtlich verbindliche Schonzeit für den Rotfuchs, die vom 1. Januar bis zum 30.
 - 1955 **September reicht, in die jeweiligen Jagdzeitenverordnungen aufzunehmen**
 - 1956 • die Beteiligung von Bund und Ländern an den Kosten für kommunale Tierheime